



Ansprache Verlag AG, Post 10 09 04, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Belgien 28.00 Bfr., Dänemark 6.75 Dkr., Frankreich 7.00 F., G.D.R. 1.20 DM

TAGESSCHAU

POLITIK

Berlin: Die DDR hat klargestellt, daß sie West-Berlin weiterhin als eine selbständige Einheit betrachte...

Europa: Die Türkei will Mitglied der EG werden. Ministerpräsident Özal sagte, Zeit, Form, Taktik und Strategie für einen Aufnahmefähigkeitsprüfung müssen allerdings sorgfältig geplant werden.

Tarif: In Stuttgart werden heute die Tarifverhandlungen für die 2,2 Millionen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sowie die 220 000 Arbeiter und Angestellten bei der Post und die 120 000 bei der Bahn aufgenommen.

US-Landwirtschaft: Der Vermittlungsausschuß des Kongresses hat ein Hilfsprogramm für die Farmer erarbeitet, für das in den nächsten drei Jahren 125 Milliarden Dollar ausgegeben werden sollen.

Eilat: Die versuchte Einführung eines nach Spanien geflohenen kubanischen Funktionärs durch vier Mitglieder der kubanischen Botschaft in Madrid hat die Beziehungen zwischen beiden Ländern schwer belastet.

Rüstung: Frankreich hat sein Jagdflugzeug der 90er Jahre vorgestellt. Die Rafale, die zu 35 Prozent aus neuartigen Materialien hergestellt wurde, soll im Mai oder Juni zum ersten Probeflug starten.

Uganda: Die Aussichten für eine Beilegung des kriegerischen Konflikts sind weiter gesunken. Auch die jüngsten Vermittlungsgespräche, die Kenias Präsident Arap Moi separat mit der ugandischen Regierung und den Führern der Rebellenbewegung führte, brachten offenbar kein Ergebnis.

Umbesetzung: Der 58jährige Bergbauingenieur Michael Schadow ist zum neuen UdSSR-Minister für Kohleindustrie ernannt worden. Er löst den 73 Jahre alten Boris Bratschenko ab.

Lambsdorff: Es geht um den „Flankenschutz“ für Firmen

Die FDP-Position zu SDI / Briefwechsel mit Washington / WELT-Interview

Der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Otto Graf Lambsdorff, hat unmissverständlich zu verstehen gegeben, daß das Votum seiner Partei für eine SDI-Verabredung nicht als Identifizierung mit den politischen Aspekten des amerikanischen Programms gedeutet werden dürfe.

SEITE 2: Leitartikel von Manfred Scheel SEITE 3: Wortlaut des Interviews

Shultz: Jalta verpflichtet die Sowjets

Eingliederung Osteuropas in Moskaus Einflusssbereich wird von den USA nicht akzeptiert

hrk./DW, Berlin/Bukarest: Moderat im Ton, aber hart in der Sache hat der amerikanische Außenminister George Shultz in Berlin versichert, daß Washington kein Jalta von seinen erworbenen Rechten in Deutschland und Mitteleuropa preisgeben werde.

SEITE 4: Auf Kennedy berufen

DER KOMMENTAR

Die USA und Jalta

BERNT CONRAD

Herzuleide neigt mancher dazu, schon bei vagen Aussichten auf eine Milderung der Ost-West-Spannungen, wie sie der Genfer Gipfel eröffnet hat, politische Frühlingserregung zu empfinden.

Grüne wollen in Wackersdorf präsent bleiben

DW, Offenburg: Die Grünen haben gestern auf ihrer Bundesversammlung bei nur wenigen Gegenstimmen beschlossen, auf dem Gelände für die geplante atomare Wiederaufbereitungsanlage (WAA) im bayerischen Wackersdorf künftig ständig anwesend zu sein.

Rau will heute Wahlkampf der SPD eröffnen

DW, Ahlen: Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau firmiert jetzt offiziell als Kanzlerkandidat der SPD.

ZITAT DES TAGES

„Einmal in der Woche eine verlängerte Einkaufszeit, das würde mir schon gefallen“

Bundesfamilienministerin Rita Süssmuth (CDU) zur Debatte über eine Änderung des Ladenschließgesetzes

WIRTSCHAFT

Kapitalmarkt: Die Investmentgesellschaften in der Bundesrepublik sehen ihren Platz unter den Kapitalmarktstellern gefestigt. Erstmals überschritt ihr gesamtes verwaltetes Vermögen im November 100 Milliarden DM.

Werkprojekte: Der Bau von Daya Bay bei Hongkong unter maßgeblicher französischer Beteiligung durchzuführen. Die französische Firma Atomare soll die beiden ersten Kernreaktoren liefern.

Reagan kämpft: Im Tauziehen um die in den USA geplante Steuerreform hat Präsident Reagan in einer Rundfunksprache die Bevölkerung um Beistand gebeten.

US-Aktien: Die Hausse setzte sich auch in der vergangenen Woche fort. Alle wichtigen Barometer stellten neue Rekorde auf.

KULTUR

Theater: Seit mehr als 60 Jahren ist Frank Wedekinds „Franziska“ in Berlin nicht mehr gespielt worden. Mit gutem Grund, wie sich jetzt bei einer Aufführung in der Freien Volksbühne herausstellte.

Akademie: Nach einjähriger Arbeit des Gründungsausschusses ist jetzt in Berlin eine Denkschrift für die Gründung der Akademie der Wissenschaften vorgelegt worden.

SPORT

Schwimmen: Beim Europacup in Den Bosch (Holland) stellte Frank Hoffmeister über 200 m Rücken mit 1:58,92 Minuten einen deutschen Rekord auf.

Ski: Mit seinem 80. Weltcup-Sieg beim Riesentorlauf in Alta Badia (Italien) feierte der 29jährige Schwede Ingemar Stenmark ein glänzendes Comeback.

AUS ALLER WELT

HA Schmidt: Das Satelliten-Spektakel des Aktionskünstlers in Berlin ist buchstäblich ins Wasser gefallen. Nur etwa 50 Personen trotzten dem regnerischen und kalten Wetter, um das mit viel Aufwand angekündigte „Medienereignis“ zu verfolgen.

Wetter: Die milde Witterung hält vorwiegend noch die ganze Woche an. Es bleibt bewölkt mit vereinzelt Aufhellungen oder Niederschlägen.

USA starten Afghanistan-Initiative

Zu Garantien für friedliche Entwicklung bereit / Moskau wird beim Wort genommen

FRITZ WIRTH, Washington: Unmittelbar vor Beginn der neuen Runde der Afghanistan-Gespräche in Genf hat die Reagan-Administration eine Initiative gestartet, um zu testen, wie ernst die Sowjetunion an einer politischen Lösung des Afghanistan-Konflikts interessiert sei.

Ostblock erwartet Signal Moskaus

DW, Moskau: Die Regierungschefs der zehn Mitgliedsstaaten des kommunistischen Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) kommen morgen in Moskau zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen.

Polizei umstellt Danziger Kirche

DW, Warschau: Die polnische Polizei hat mehrere tausend Menschen, an ihrer Spitze der Chef der verbotenen Gewerkschaft „Solidarnosc“, Lech Walesa, daran gehindert, im Anschluß an einen Gottesdienst am Danziger Ehrenmal für die Opfer der Unruhen in den Ostschiffen von 1970 Blumen niederzulegen.

„Sondersteuer“ in Rumänien

DW, Bukarest: Das Politbüro der Kommunistischen Partei Rumäniens hat nach einer Meldung der amtlichen Presseagentur Agerpress eine „Sondersteuer“ für kinderlose Ehepaare beschlossen.

Spekulation über neuen Gipfel

DW, Washington: Mitte Juni findet möglicherweise in Washington ein zweites Treffen zwischen US-Präsident Ronald Reagan und dem sowjetischen Parteichef Michail Gorbatschow statt.

Minister müssen EG-Fragen klären

DW, Bonn: Die Außenminister der EG-Staaten treffen sich heute in Brüssel, um die beim Gipfel in Luxemburg offengebliebenen Fragen zu klären.

Sindermann spricht in Peking von „Freundschaft“

Reist Honecker nach China? / Kontakte zur „DDR“ hervorgehoben: DW/hrk, Peking/Berlin: Der „DDR“-Staatsratsvorsitzende Erich Honecker wird im Zuge der umfassenden Reise-Diplomatie der SED-Spitze nach seinem vereinbarten Besuch bei Staatspräsident François Mitterrand im Frühjahr wahrscheinlich im kommenden Jahr auch nach Peking reisen.

- Anßerdem lesen Sie in dieser Ausgabe: Meinungen: Wie ein Desozant der Forstmann Nejdow absahnte - Von Carl Gustaf Ström S. 8

Vertical advertisements on the left margin including 'Pharmazeutische Assistenten', 'Fortbildung', and 'ELT NAG'.

Pfiffe für den lächelnden Herrn Minister

Eine grüne Karawane zog von Offenburg zum Protest gegen das Projekt Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf in den Taxisdener Forst. Parteitag auf Rädern. Einer war dort, der seit kurzem eine neue Rolle spielt - als Minister. Joschka Fischer besahlt dafür mit Sympathien.

Von D. GURATZSCH

In bischen Manipulation war schon dabei, als die Bundesversammlung der Grünen am Freitag in Offenburg beschloß, den Parteitag für 24 Stunden zu unterbrechen. Den Delegierten sollte so „Gelegenheit“ gegeben werden, an der Großdemonstration gegen die geplante Wiederaufarbeitungsanlage im 400 Kilometer entfernten Wackersdorf in der Oberpfalz teilzunehmen.

Den Ausschlag hatte Frank Schwalbe-Hoth gegeben, der frühere hessische und jetzige Europa-Abgeordnete der Grünen. Als sich in mehreren Abstimmungen immer wieder ein 50 zu 50 Verhältnis zwischen Befürwortern und Gegnern einer Unterbrechung des Parteitages ergab, zog er den Schluß, der Parteitag könne doch wohl nicht die Hälfte der Delegierten daran hindern, an einer so wichtigen, seit einem Jahr für den Sonnabend nach Rodungsbeginn im Wackersdorf anberaumten Kundgebung teilzunehmen.

Er hätte natürlich genau entgegenesetzt argumentieren können. „Immerhin hatten die Grünen in diesen Parteitag fast eine Viertelmillion Mark aus der Parteikasse investiert. Aber rund 60 Prozent der über 800 Delegierten fanden seine Argumente plausibel, und so setzten sich am nächsten Morgen um 6.30 Uhr vollbesetzte Busse mit 650 Delegierten in Bewegung und wälzten sich als lange



Als „Privatmann“ zur Demo: Minister Joschka Fischer und Gefährtin Claudia Blosius im Taxisdener Forst. FOTO: AP

Karawane fünf Stunden über die nebligen Autobahnen. Unter den 15 000 bis 20 000 Demonstranten im Taxisdener Forst gingen die grünen Delegierten unter. Als sie vom Lautsprecherwagen herunter begrüßt wurden, kam ihnen der Beifall auf. Dem prominentesten Grünen, dem frischgebackenen hessischen Umweltminister Joschka Fischer, der aus Frankfurt angereist war - als „Privatmann“, wie er betonte -, gelien indes bei der Begrüßung auch Pfiffe entgegen. Seine Freundin am Arm, den Hund an der Leine und die Zigarette im Mundwinkel, quitierte er es mit einem Anflug von Lächeln. Die „Protestbewegung“ trägt es ihm nach, daß er „Bürgerkriegsgeleit“ in dem von ihr so titulierten „Schweinefleisch“ übernimmt. Im Taxisdener Forst verließ er Fischer, sich zu rechtfertigen. Weder hielt er die von ihm erwartete Rede, noch nahm er an der anschließenden Bauplatzbesetzung teil. Statt dessen heizte SPD-Landrat Schürer den Demonstranten ein. Obwohl weit und breit kein einziger Polizist zu sehen war und statt dessen

immer neue Scharen von Demonstranten mit Fähnchen, Wimpeln und Transparenten aus den Waldschneisen und Schonungen heranströmten, rief er mit erhabener Stimme: „Wer mit Knütteln, Schlagstöcken und Waffen gegen die eigenen Landsleute vorgeht, der provoziert Ausschreitungen.“ Bayern werde den „Besuchs- und Urlaubsländern“ des Ministerpräsidenten Strauß in Südamerika und Südafrika „immer ähnlicher“, in denen „die Grundrechte des Volkes nicht beachtet werden“. Schürer sah „Erinnerungen an ungeliebte Zeiten“ geweckt. Aber er sei überzeugt, wir können es gemeinsam schaffen, dieses Wahnsinnsprojekt zu verhindern. Der Landrat bekam viel Beifall für seine Rede, der nur noch übertrifft wurde, als Hubert Weinzierl, der Vorsitzende des Bundes Umweltschutz und Naturschutz Deutschland (BUND), prophezeite: „Selbst wenn diese Staatsregierung dieses Unheilbauprojekt noch beginnt - es wird nicht fertiggebaut werden -, so wie der schnelle Brüder in Kalkar, das Kernkraftwerk in Zwentendorf bei Wien, das

Reichsparteitagsgelände in Nürnberg, der Turm zu Babel nie zu Ende gekommen sind.“ Die Demonstranten würden sich von „jenen, die in 20 Jahren keiner mehr kennt, nicht 20 000 Jahre Sicherheit vorgaukeln“ lassen. Weinzierl, Schürer und die massige, in eine große braune Lederjacke gezwängte Figur des bayerischen SPD-Chefs Hiesemann waren längst auf dem Heinweg, und auch die grünen Delegierten strebten schon zurück zu ihren Bussen, als einige hundert zurückbleibende Demonstranten bei einbrechender Dunkelheit den Bauplatz „besetzten“, die Zugänge mit Baumstämmen verbarriadierten, Lagerfeuer entzündeten, Gräben aushoben und sich in flugs gezimmerten „Baumbütten“ auf die Strohschütte streckten. Unter ihnen, umringt von schwarz maskierten, stand einer mit einem großen roten Kreuz auf der Brust. Die Einzelheimischen kannten ihn nicht, viele Angereiste aber wußten: Es war „Startbahnsanitär“ Michael Wink, einer der Strategen der „Blutsonntage“ an der Frankfurter Startbahn West.

Im gemischten Doppel gegen die Katastrophe

Optimisten sehen in dem Projekt den ersten sichtbaren Erfolg, den der Genfer Gipfel haben könnte: Der „Heiße Draht“ zwischen Moskau und Washington soll in zwei Krisenzentren verwandelt werden.

Von FRITZ WIRTH

Zu jeder geraden Stunde schickt im militärischen Befehlszentrum des Pentagon ein amerikanischer Offizier ein Fernschreiben an den Krenl. Eine Stunde später geht regelmäßig die Antwort aus Moskau ein. Die Prozedur läuft unter dem Stichwort „Heißer Draht“. Es gibt in der verlauschten Krisensprache zwischen Ost und West viele „verunglückte“ Wortschöpfungen. Diese ist eine davon. Denn der „Heißer Draht“ zwischen Moskau und Washington befördert stündlich die wohl kältesten Nachrichten, die sich denken lassen. Beispielsweise Informationen über die Feinheiten einer Wasserlinie. Die Sowjets antworten darauf mit historischen Erinnerungen aus der Entwicklung von Schiffsbauwerken. Zuweilen hat ein poetisch veranlagter Offizier den Auftrag, den „Heißer Draht“ heiß zu halten, und tut es mit einem Werk von Robert Frost, was die Sowjets mit einem Turgenjew-Gedicht erwidern.

Die Befürchtungen sind nicht neu. An den Universitäten Harvard, Stanford und Georgetown wird seit einigen Jahren daran gearbeitet. So hat William Ury, Autor des Buches „Beyond the Hotline“, dieses Szenarium eines Nuklearkriegs, ausgelöst durch einen „agent provocateur“, an die Wand gemalt: Ein Diktator vom Kaliber Khatdhaftis unternimmt einen Nuklearkriegsangriff auf amerikanische Installationen in Westeuropa oder auf die USA direkt. Die USA vermuten einen sowjetischen Angriff und erwidern die Attacke. Moskau schlägt unverzüglich zurück, und der Nuklearkrieg ist nicht mehr zu stoppen. Ury fordert deshalb die Einrichtung eines „Krisenkontrollzentrums“. Die Idee dazu ging vom amerikanischen Senator Henry Jackson aus. Sie wurde nach dessen Tod von den Senatoren Sam Nunn und John Warner aufgenommen. Der Senat stellte sich am 8. Juni des letzten Jahres mit 82:0 Stimmen hinter ihren

Antrag zur Einrichtung eines Krisenkontrollzentrums. Das Echo war zunächst nicht günstig. Moskau sah dahinter vor allem ein Manöver der Reagan-Administration, um damit dem seinerzeitigen Druck nach Abrüstungsverhandlungen zu entgehen. Das Pentagon dagegen entdeckte in diesem Projekt starke Sicherheitsrisiken. Inzwischen jedoch ist das Klima für dieses Projekt wesentlich günstiger geworden. Senator Warner brachte es vor einem halben Jahr im Krenl in einem Treffen mit Gorbatschow zur Sache und stieß, wie er es nennt, auf eine „nicht unfreundliche Reaktion“, und Präsident Reagan schritt dieses Thema im Mai in seiner Rede im Europaparlament in Straßburg und vor zwei Monaten in der UNO an. Die Folge: Auf dem Genfer Gipfel kamen beide Seiten überein, dieses Projekt in ihre Schlussfolgerung aufzunehmen. Ursprünglich war daran gedacht worden, dieses Krisenkontrollzentrum an einem neutralen Ort entweder in Helsinki oder Wien einzurichten. Amerikanische Experten weisen den Plan jedoch zurück. Das Krisenkontrollzentrum wäre im Ernstfall zu weit von den Befehlszentren entfernt und würde deshalb, wenn es hart auf hart kommt, ignoriert werden. William Ury schlägt vor, zwei Krisenzentren in beiden Hauptstädten einzurichten, wobei das in Moskau mit acht Russen und vier Amerikanern und das in Washington umgekehrt mit acht Amerikanern und vier Sowjets besetzt werden soll. Abgesehen davon ist die „Hotline“ nicht vor Pannen sicher. Vor einigen Jahren warf ein Schiff bei Sturm in einer verbotenen Zone vor der irischen Küste Anker und nahm, als es die Anker wieder lichte, das Kabel der „Hotline“ mit nach oben. Es gab vorübergehende Funkstille. Solange davon nur der Austausch von Informationen über die Wasserlinie und frühhistorische Schiffsbauwerke beheimigt wird, kann die Welt mit solchen Unfällen leben. Wenn es jedoch um Überleben dieser Welt geht, hätte man irgendwie gern verlässlichere Krisenrücken zur Hand.

Domenica, Toulouse-Lautrec und beider Milieu

Von KLÄRE WARNECKE

Die schweren Eichen Türen waren verammelt wie zu einer Geheimniszettel der Mafia. Doch hielten nicht schwerbewaffnete Bodyguards, sondern zwei für diesen Zweck gewiß nicht ausgebildete Kustoden Wache am Eingang von Hamburgs berühmtestem Bilder-Palast, der alterwürdigen Kunstgalerie. In die sich eine sensationsversessene Menge in abendlich-kesslem Habit, als sei Party-Time, mit Macht hineinstemmen suchte. Denn in die heiligen Hallen des Museums, in dem sonst auf die wohl anständigste Weise Rubens, Rembrandt, Ruge und Caspar David Friedrich um den höchsten Ruhm der Nachwelt ringen, hielt eine Dame mit Madonnenheißem und Riesenbusen Einzug, die gewöhnlich nur in St. Paulis berühmter Herberstraße gegen Barzahlung hochzufallen pflegt: Domenica, Hamburgs Edelrutte Nummer eins. Sie hatte der bis dato doch mit feineren Sensationen arbeitende Kunsthalldirektor Werner Hoffmann zum Blickfang und Magneten einer Performance erkoren, die seine neueste Ausstellung „Pariser Leben“ schlagzeilentraglich eröffnen sollte.

Der Musentempel als „Maison close“? Da saß sie dann also, die Stadtbekante, in ein hochgeschlossenes Rotes gezwängt, mitten im hektischen Kreis der für den Eröffnungabend handverlesenen Künstler, Schickleria- und Medivenvols, und intonierte ihre Liebesmelodie für einen, der auf dieses triviale Spektakel gewiß mit Hohnlächeln herabgeschaut hätte: Henri Toulouse-Lautrec, einen der Großen seines Metiers, der zur Zeit im New Yorker Metropolitan Museum of Art die Kunstfreunde in ein ungeahntes Fieber zu versetzen vermag, das bereits jetzt auf Hamburg übergegriffen hat. Hatte man denn nicht geglaubt, seiner Bilder für alle Zeiten überdrüssig zu sein? Hatten uns nicht in den vergangenen Jahrzehnten La Goulue, das summtige monstre sacré der Pariser Amüsierwelt, der arrogante Aristide Bruant, die sanfte May Belfort und die spitznasig-freche Yvette-Guilbert von tausendfach multiplizierten Plakaten bis zur Ermüdung entgegengestarrt: Inkarnation dessen, was man als billiges und hochdekoratives Poster-Glück an die eigenen oder die Caff- und Wirtshauswände pinnte, in der Hoffnung, à la mode zu sein? Und all

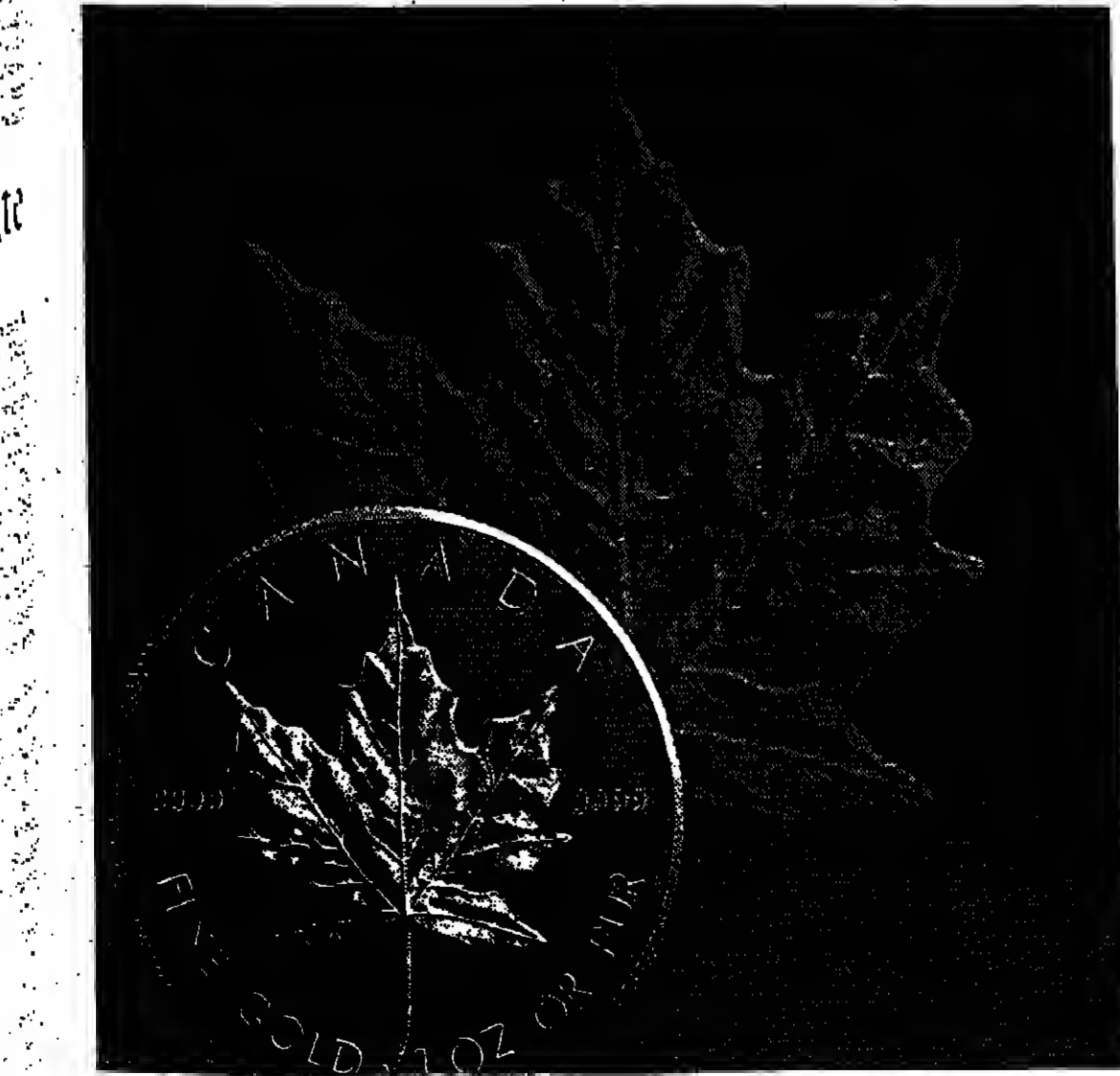
diese Lautrecschen Kunst-Lebewesen der Pariser Monde und Demimonde sollten uns jetzt, anno 1985, in wundersamer Renaissance noch einmal aufzuehen und faszinieren können? Die Überraschung: Was Kunsthalldirektor Hoffmann da aus den vollgestopften Magazinen seines Hauses an alten Sammelbeständen zutage förderte und ergänzt durch einige Leihgaben aus Bremen und Paris - nun im Kuppelsaal zeigt, ist in seinen besten Schöpfungen von ganz unverbrauchter Frische, von zauberhafter Delikatess und immer wieder frappierender Meisterschaft. Nicht die großformatigen Plakate, die freilich völlig frei sind von jenen grellen, farbverfälschenden Effekten der Endlos-Posterdrucke, sondern die kleineren Lithographien der berühmten Pariser Freudenhaus-Serie „Elles“ sprechen da die erhellendste Sprache. Sie sind denn auch, zusammen mit den beiden entzückenden Frauenporträts der „Reisenden der Kabine 54“ und der „Modistin“, das geheime Herzstück der 120-Bilder-Schau. Bewunderungswürdige Beispiele, mit welch unglaublicher Zartheit und Dezent in Farbgebung und Linienführung dieser verlorene Sohn der

Pariser Salons (Hofmann) das trist-banalste, ganz und gar nicht begehrenswerte Leben der Bordell-Bewohnerinnen von Montmartre bloßgelegt hat, die er Bürgerinnen nach seinem Maße zu nennen pflegte. Ein Bürger nach Maß ist Lautrec ja selbst gewiß nicht gewesen - die Mehrzahl seiner Biographen hat das aufzuehnlichste auszuschlachten gewußt. Doch muß man deshalb sein vom Makel der Verkrüppelung geprägtes Leben, das ihn immer wieder zu den Randfiguren der Pariser Gesellschaft trieb, gleich als platties Hokuspokus inszenieren, wie das jetzt bei besagter Performance in der Hamburger Kunstgalerie vierzig entervende Minuten lang geschah? Mütterchen Toulouse als barbusige Gräfin, die ihren verkrüppelten Sohn wamnt: „Höre nicht auf die Stimme deines Vaters.“ Sohn Henri, der - als Mädchen in olivgrünem Samtkleid einher-schleichend - seinen Vater beschwört: „Ich muß ins Leben.“ Der Vater, der seinem bereits von käuflichen Damen umgirteten Filius wie Rilke seinem Corneill nachruft: „Du müßt reiten, reiten, reiten... Wirkliche Liebe wirst du nur finden im Pferd, im Falken... Vergiß die

Frauen, denn alles der Freiheit Bebraute stirbt.“ So nämlich schallte es - von absurd gedrechselten Bewegungen begleitet - unter dem Titel „Mon petit bijou Toulouse“ aus dem Munde der freien Theaterschaffenden. Dazu gab's Vogelgezwitser und Hülmgergackel, Weirrauchdünste, Trommelgeöse und Lichtschübe aus dem siebten Kitzschimmel, einen Wachtmeister vom Kunsthalldienst, der mit seinem Schäferhund mal kurz in die Herren-, dann in die Damentoilette marschierte, die echte Domenica und eine falsche Dirne, die von der Treppe herab schrie: „Nimm mich nach Argentinien, nach Brasilien ins Bett. Neunzig Dollar die Stunde oder male mich be-rühmt.“ Nun, Kunsthalldirektor Hoffmann fand's fabelhaft und rühmte den Performance-Erfinder, daß er nicht die Klischee-Vorstellungen vom Fin de siècle, vom Froufrou wiederaufgenommen hatte. „Hier wurde eine Messe zelebriert - in einer spanisch-katholischen, erotischen Atmosphäre. Eine schwarze Messe...“, resümierte er für die Öffentlichkeit. Armer Henri Toulouse-Lautrec!



Szene einer Ausstellung: Domenica und die Sängerin Siatawati Tansjadi als Junger Toulouse-Lautrec. FOTO: PETER PETUSCH



Der Gold Maple Leaf aus Kanada. Und warum Sie ihn bei der Deutschen Bank kaufen sollten.

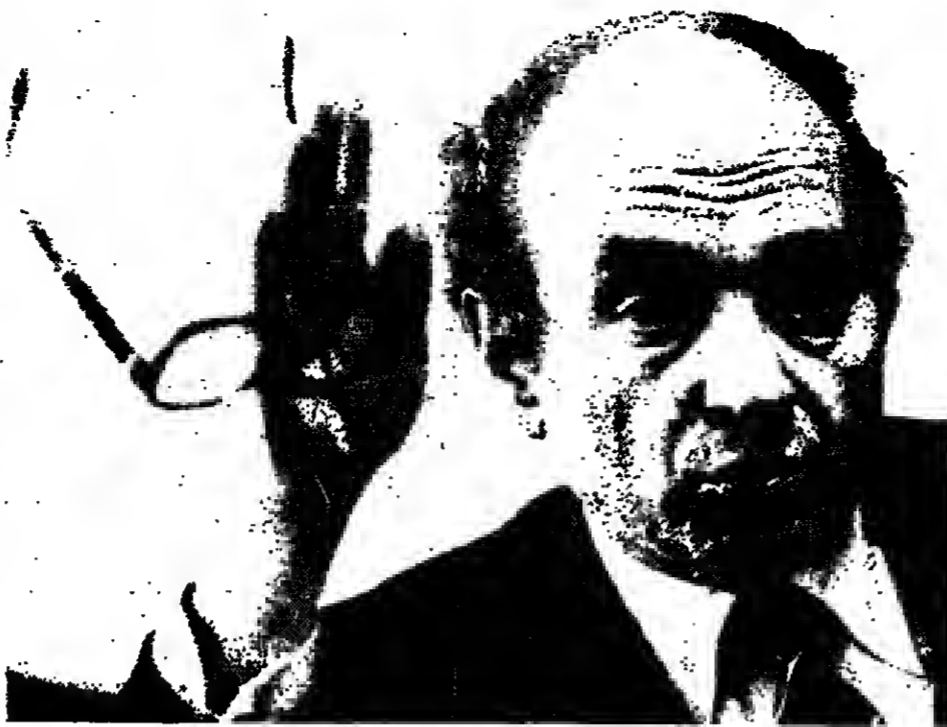
Der Gold Maple Leaf mit einem Feingehalt von 999,9 ist besonders rein - und daher ideal für Ihre Anlage in Gold. Daß Sie den Gold Maple Leaf aus Kanada bei der Deutschen Bank kaufen sollten, hat gute Gründe: Die Deutsche Bank hat schon vor mehr als hundert Jahren mit Edelmetall gehandelt. Eine Erfahrung, die für Sie Geld wert ist. Selbstverständlich sind wir auch heute rund um die Uhr auf allen Märkten der Welt präsent und deshalb für Sie der richtige Partner in erfolgreichen Geldanlagen. Der Zeitpunkt, jetzt den Gold Maple Leaf zu kaufen, ist günstig. Und die Zeit für ein persönliches Anlagegespräch mit Ihnen nehmen wir uns gern - auch wenn Sie nicht unser Kunde sind. Fragen Sie die Deutsche Bank.



Gold Maple Leaf. Feingehalt 999,9. 1/4, 1/2, 1/10 Unze.

Otto Graf Lambsdorff zum Thema SDI, Außenpolitik, Rolle der FDP in der Koalition und Paragraph 116

„Kohl gab uns immer genügend Spielraum“



Der frühere Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff hat in einem WELT-Interview klargestellt, daß es der FDP in Zusammenhang mit SDI um einen „Flankenschutz“ für deutsche Unternehmen gehe. Es sei auch gewollt, über die Vereinbarungen einen Briefwechsel mit Washington zu beschließen. Mit Graf Lambsdorff sprach Manfred Schell.

FOTO: JUPP DÄRCHINGER

WELT: Graf Lambsdorff, was bedeutet die Entscheidung der FDP zu SDI in der Sache?

Lambsdorff: Sie bedeutet erstens, daß wir uns sicherheitspolitisch, was die strategischen Fragen anlangt, noch kein abschließendes Urteil gebildet haben. Selbst der amerikanische Außenminister hat erklärt, daß dies mangels notwendiger Erkenntnisse noch nicht möglich ist. Sie bedeutet zweitens, daß wir die Wünsche der Unternehmen unterstützen, ihnen rechtlichen Flankenschutz für die Zusammenarbeit mit den USA im Rahmen des SDI-Forschungsprogramms zu geben. Ich habe das immer für notwendig gehalten. Sie bedeutet drittens, wir haben uns koalitionspolitisch so verhalten, daß das Kabinett am kommenden Mittwoch einen Beschluß fassen kann, der der Position des Bundeskanzlers Rechnung trägt, der aber auch in der klaren Linie des Beschlusses des Bundessicherheitsrates vom 27. März '85 liegt. Ich bin damit zufrieden, auch deshalb, weil sich die Bundesrepublik Deutschland in dieser Frage nicht vor dem Genfer Gipfel entschieden hat und weil sie nicht das einzige Land ist, das zu einer Abmachung mit den USA kommt. Die Briten haben dies schon getan. Die Italiener sind dabei.

Geißler hat sie als „Springteufelchen“ der Marktwirtschaft kritisiert, das alle 14 Tage aus der Kiste springt und der Union das Leben schwermacht...

Lambsdorff: Ich habe diese Koalition zwischen der Union und der FDP gewollt und ich habe zu ihrem Entstehen beigetragen. Ich habe auch keinen Zweifel daran gelassen, daß diese Koalition über 1987 hinaus fortgesetzt werden sollte. Das weiß auch Herr Geißler. Innerhalb der Koalition lege ich Wert darauf, daß die FDP ihre Position als eigenständige, unabhängige Partei weiter deutlich macht. Das war in früheren Koalitionen eine unserer Aufgaben, das ist auch jetzt der Fall. Ich muß sagen, der Bundeskanzler hat uns in dieser Hinsicht immer fair behandelt, er hat uns immer genügend Spielraum gegeben. Helmut Kohl sieht sich als Enkel Konrad Adenauers. In dieser Hinsicht ist er besser als der Großvater.

WELT: Geißler warnt die FDP vor einer Profilierungskampagne gegen die Union. Wie denken Sie darüber?

Lambsdorff: Herr Geißler hat uns aufgefordert, im Bundestagswahlkampf stromlinienförmig mit der Union zu marschieren. Ich will ihm unsere Formel für den Bundestagswahlkampf ganz deutlich sagen: CDU/CSU sind unsere politischen Konkurrenten im Kampf um die Wählerstimmen, und SPD und Grünen sind unsere politischen Gegner. Das ist die Definition, an die wir uns halten werden. Wir werden in bestimmten Fragen klarmachen, daß wir anderer Meinung sind als CDU/CSU, und wir werden ebenso klarmachen, daß die Gemeinsamkeiten zwischen Union und FDP zusehender sind, um diese Koalition fortzusetzen.

Natürlich wird es Gegenpositionen der FDP geben. Dazu gehört zum Beispiel auch auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik die Betonung ordnungspolitischer Grundsätze der Marktwirtschaft. Ich stelle mit Bedauern fest, daß einige in der Union von diesen Grundsätzen wenig halten und meinen, mit Pragmatismus, Intervention und dem Hinweis auf die angeblich blauäugigen Theoretiker davon Abstand nehmen zu müssen. Es geht dabei um Grundsätze, mit denen die Union und dieses Land groß geworden sind.

WELT: Worin liegt die qualifizierende Rolle der FDP innerhalb der Koalition, von der Wirtschaftspolitik einmal abgesehen?

Lambsdorff: Die FDP muß sich weiteren wichtigen Aufgaben stellen. Auf dem Gebiet der Außen- und Sicherheitspolitik müssen wir die Kontinuität und die Berechenbarkeit sicherstellen, dafür sorgen, daß realistische Entspannungspolitik fortgesetzt wird. Wir müssen klarmachen, daß abweichende Meinungen von Minderheiten in der Union den Kurs nicht bestimmen dürfen. Auf dem Gebiet der Rechts- und Innenpolitik bleibt es die Aufgabe der FDP, kritisch zu sein, die Rechte des Individuums gegenüber den Ansprüchen des Staates zu vertreten. Die Abwägung zwischen innerer Sicherheit und persönlicher Freiheit des einzelnen Bürgers ist immer ein Spannungsfeld.

WELT: Was die Außenpolitik betrifft, so gibt es deutliche Kritik an Genscher. Zu den Kritikern gehört auch Geißler...

Lambsdorff: Wir haben uns zu Beginn der Koalition darauf verständigt, daß die Grundlinien der deutschen Außen- und Ostpolitik und selbstverständlich die Politik des Atlantischen Bündnisses fortgesetzt werden, daß es einen Kurswechsel nicht gibt. Der Außenminister vertritt diese Politik mit der geschlossenen Unterstützung der FDP. Wenn es dafür gelegentlich Beifall aus der SPD gibt, dann ist das so lange kein Wunder, als das unter dem Stichwort Kontinuität läuft. Wenn Herr Geißler auf diesen Beifall hereinfällt, dann muß ich bei ihm mangelndes Urteilsvermögen sehen. Er wird doch nicht übersehen, daß sich die SPD meilenweit von ihren früheren Positionen entfernt hat. Die Nebenaußenpolitik der SPD, die da auf parteipolitischer Ebene betrieben wird, ist ein lebensgefährliches Unterfangen. Daß eine demokratische Partei sich zusammensetzt mit den Staatspartei der DDR oder der CSSR und Verträge abschließt, bedeutet natürlich, daß eine zukünftige etwaige sozialdemokratische Regierung schon eine Verbindung eingegangen ist, die ich für unakzeptabel halte. Ebenso unakzeptabel ist der in dieser Politik liegende Versuch, den Handlungsspielraum der Bundesregierung einzuzengen.

WELT: Was sagen Sie zu dem Vorwurf, die FDP entwickle sich zu einer reinen Wirtschaftspartei?

Lambsdorff: Ich habe der FDP immer gesagt, sie dürfe nicht zu einer Wirtschaftspartei „verkommen“. Eine reine Wirtschaftspartei hat in meinen Augen keine Existenzberechtigung. Eine liberale Partei, die sich auf den Wirtschaftsbereich beschränkt, vertritt einen Großteil ihrer Prinzipien. Das sieht Martin Bangemann genauso wie ich.

Herr Geißler ist sehr großzügig in Ratschlägen an uns. Er sollte sich aber vor allem um die Verfassung seiner eigenen Partei zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen - in dem Bundestagswahlkreis entschieden werden - kümmern. Ich sage das nicht ohne Besorgnis, denn ich bin nicht froh, wenn es der CDU schlechtere Wir können nur zusammen das Klassenziel erreichen. Der größte CDU-Landesverband befindet sich in einem deplorablem Zustand. Geißler hat allen Anlaß, sich den Schwachstellen der Union zu widmen. Die liegen gar nicht weit entfernt. Er braucht nur von Bonn nach Düsseldorf zu fahren und sich dort den Zustand der CDU und den Umgang zwischen CDU-Politikern anzusehen.

WELT: Wie denken Sie über die Politik von Johannes Rau?

Lambsdorff: Ich habe im Bundestag gesagt, der Wind bläst in Bonn härter als in Düsseldorf. Soweit sich Rau bisher politisch geäußert hat, also über den Familienvater, das Skatspielen und die Eröffnung von Fußballspielen hinausgegangen ist, hat er die SPD in tiefste Verwirrung gestürzt. Seine Partei macht ihm Dampf, sie ist nicht glücklich, was Rau bietet. Ich bin gespannt, ob nicht aus dem Kanzlerkandidaten „zur Anstellung“ noch ein Kanzlerkandidat „zum Abgewöhnen“ wird.

WELT: Welche Chancen geben Sie den Grünen?

Lambsdorff: Ich rechne damit, daß sie auch im nächsten Bundestag vertreten sein werden. Sicherlich sind sie in ihrer Wählerwirksamkeit auf dem Rückzug. Aber Holger Börner hat ihnen durch die Regierungsbeteiligung Auftrieb gegeben. Diese Koalition in Hessen wird die SPD noch vor viele Fragen stellen. Der Herr Fischer hatte sich noch nicht einmal die Turnschuhe von der Verdrängung geputzt, da machte er sich schon als hessischer Minister zur Demonstration im Nachbarland auf. Die SPD wird an ihm noch viel Freude haben.

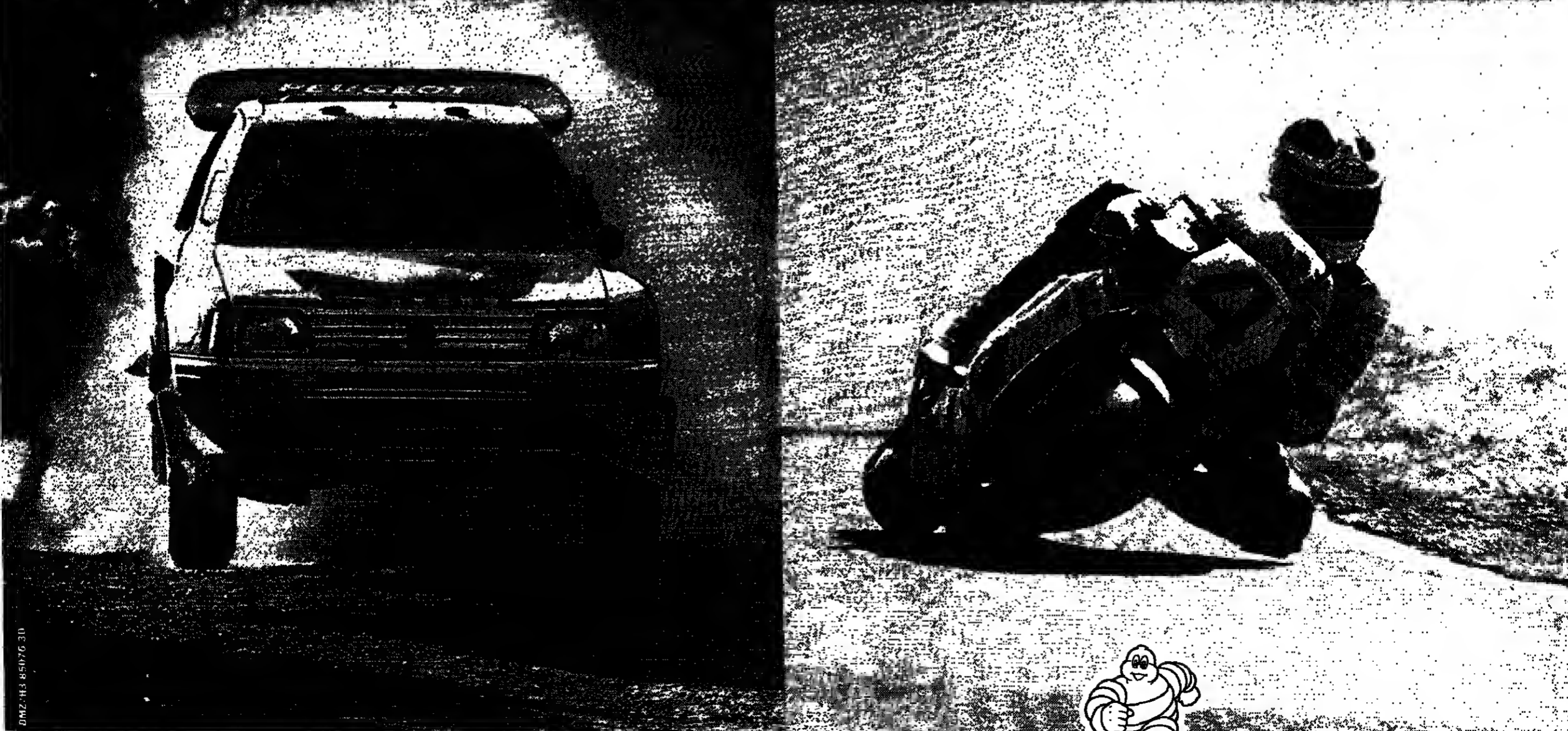
WELT: Die Diskussion über eine Änderung des Paragraphen 116 Arbeitsförderungsgesetz hat das Klima belastet, die Gewerkschaften blasen zum Kampf gegen Bonn. Sind Sie mit dem Kurs der Bundesregierung in dieser Frage einverstanden?

Lambsdorff: Ja, ich gehe davon aus, daß das Kabinett am Mittwoch eine Formulierung zum 116 verabschiedet. Wir müssen entscheiden, ob das eine Fraktionsinitiative im Bundestag wird. Aus Gründen der Zeitersparnis hielt ich das für gut. Ich habe zu denen gehört, die sich gewünscht haben, der neugefaßte Paragraph 116 sollte schon heute verabschiedet sein und zum 1. Januar 1986 wirksam werden. Das ist nicht geschehen. Man hat den Konsens versucht. Ich war dagegen, weil ich fest davon überzeugt war, daß ein Konsens am Ende objektiv unmöglich ist. Aber ich sehe, daß es Gründe dafür gab, wegen der politischen Optik, des politischen und sozialen Klimas wegen, Bemühen um Verständigung zu demonstrieren. Das Ergebnis ist interessant. Wir hätten uns mit einer schnelleren Entscheidung die Auseinandersetzung mit den Gewerkschaften leichter gemacht, schon deshalb, weil die Zeit für eine Mobilisierungskampagne kürzer gewesen wäre. Aber, und das spricht für das Rezept des Kanzlers und Norbert Blüms, die Gewerkschaften haben so überzogen, daß sie zum Beispiel die Sozialausschüsse in der CDU von sich weggetrieben haben. DGB und IG Metall haben sich mit ihrer Demagogie ihre eigene Hoffnung zerstört, bei den Sozialausschüssen Widerstand gegen die Regierungspläne mobilisieren zu können. Wer überzieht, der schadet sich selbst. Wir haben uns noch auf harte Auseinandersetzungen gefaßt zu machen. Wahlpolitisch wird sich die Sache eher für die Koalition positiv auswirken. Ein Zurückweichen vom Druck der Gewerkschaften und der SPD würde dem Kanzler und der Regierung übel angekreidet werden. Die Regierung hat alle Chancen, mit einer vernünftigen und angemessenen Lösung, die nicht die 150prozentige Arbeitgeber-Lösung sein darf, der Bevölkerung klarzumachen, daß wir hier nichts anderes tun, als den Willen des Gesetzgebers wiederherzustellen, der da heißt: Der Staat hat sich bei Arbeitskämpfen auch mit seinen finanziellen Mitteln neutral zu verhalten.

WELT: Oppositionsführer Vogel hat das Vorgehen der Regierung als „Rechtsbruch“ bezeichnet.

Lambsdorff: Wer sich einen klaren Verstand bewahrt hat, der kann angesichts der schon jetzt eindeutigen Gesetzesformulierungen keinen Zweifel daran haben, daß die von uns beanstandeten Zahlungen vom Gesetzgeber 1969 nicht gewollt waren. Der Vorwurf des Rechtsbruchs ist deshalb absurd. Ganz gewiß erlegt uns die verfassungsrechtliche geschützte Tarifautonomie Grenzen auf, die nicht überschritten werden dürfen. Niemand hat dies vor. Den Hinweis, der Gesetzentwurf sei verfassungswidrig, den höre ich bei allen Vorgesetzten, die dem einen oder anderen nicht passen. Daß ausgerechnet Herr Vogel diesen Vorwurf erhebt, ist besonders pikant: Nach meiner überschlägigen Schätzung ist Herr Vogel derjenige Bundesjustizminister gewesen, zu dessen Zeit die meisten Gesetze verabschiedet worden sind, die anschließend durch das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe wieder aufgehoben wurden.

WELTMEISTER 85. FORTSETZUNG FOLGT.



Gewohntes Bild: Auch 1985 ist Michelin wieder unangefochten die Marke der Weltmeister. In der Rallye-Weltmeisterschaft siegt bei den Fahrern Salonen vor Blomqvist und Röhr, bei den Marken Peugeot vor Audi; alle auf Michelin. Auch die Motorrad-Weltmeisterschaften sehen den totalen Michelin-Triumph: Siege in der 500-, 250-, 125- und 80-ccm-Klasse. Dazu die erfolgreiche Titelverteidigung in der Trial- und Langstrecken-Weltmeisterschaft. Ausblick 86: Die Sieges-Serie wird fortgesetzt. KEINE KOMPROMISSE. MICHELIN

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Ein Brief aus Polen

Sehr geehrte Damen und Herren, in der WELT vom 7. Dezember haben Sie freundlichweise den Brief Konrad Morawieckis, des Vorsitzenden der landesweit aktiven polnischen Organisation „Kämpfende Solidarność“ (er ist nicht „niederschlesischer Solidarność-Vorsitzender“) an Willy Brandt abgedruckt. Der diesbezügliche Kommentar in derselben Ausgabe enthält jedoch Fehlinterpretationen dieses Briefes.

Hier ist klarzustellen, daß unsere Organisation weder gegenüber den Ukrainern noch gegenüber den Litauern - wie dies der Kommentator vermutet - irgendwelche territorialen Forderungen erhebt. Wenn hingegen der Kommentator aus dem Brief Morawieckis irgendwelche territorialen Aussagen über unser Verhältnis zu den Deutschen herauslesen zu müssen glaubt, schlägt dies letztlich nur in dieselbe Kerbe wie die volkspolnische Regierungspropaganda - siehe „Trybuna Ludu“ vom 5. Dezember, wo man uns vorwirft, „sich mit den Interessen des deutschen Nationalismus zu identifizieren“.

Demgegenüber stellen wir fest, daß wir weder unsere östlichen noch unsere westlichen Grenzen als ein Problem ansehen. Gemeinsame Sorge aller sollte es hingegen sein, „den Kommunismus zu überwinden“, wie der polnische Untergrundführer schreibt.

Eine Lösung dieser übernationalen Frage würde ein freies Polen und freie osteuropäische Staaten sowie ein freies, wiedervereinigtes Deutschland ebenso möglich machen wie eine Öffnung und faktische Aufhebung der Grenzen, zum Beispiel nach westeuropäischem Muster. Beides würden wir als polnische Demokraten sehr begrüßen, und wir denken, daß dies auch nach dem Wunsch unserer deutschen Nachbarn ist.

Mit freundlichen Grüßen
Andrzej Wirga,
Mainz

Sehr geehrte Damen und Herren, das Nichtzustandekommen eines Zusammentreffens von Walesa und Brandt hat auch einen positiven Aspekt. Beide Männer verkörpern absolute Gegensätze, auch im Menschlichen. Was hätten sie sich also sagen sollen, am Danziger Kamina? Für „Freiheit, Gott, Vaterland“ kämpfen die Popieluszko-Polen, die Arbeiter

und Bauern hinter Walesa. Gott und Vaterland. Das entspricht doch nicht der Wertordnung eines Willy Brandt? Zwei Welten, unvereinbar. Historischer Materialismus und tagespoltischer Opportunismus in der SPD-Baracke, ein revolutionärer religiöser Patriotismus im Vaterlande Walesas: Wie sollte da Verständigung zustande kommen? Morawieckis Ansprechpartner und Bundesgenossen sind „andere“ Deutsche. Sie gibt es ganz gewiß.

Mit freundlichen Grüßen
Wolfgang Strauss,
Furth i. Wald

Keine neue Idee

Sehr geehrte Damen und Herren, in Ihrer Ausgabe vom 9. November veröffentlichten Sie einen Artikel von Henk Ohnesorge unter der Überschrift „Wer pflegt, braucht von Zeit zu Zeit selber Pflege“.

Ich habe diesen Artikel mit Interesse gelesen, kann jedoch die Auffassung des Autors, daß die Idee von Pfarrer Hans Roser neu ist, nicht teilen.

Begründung: Bereits seit 1976 verwenden wir in unserem Landkreis den Reinerlös einer jährlichen Ballveranstaltung, um Müttern mit behinderten Kindern über den staatlich gesetzten Rahmen hinaus Erholungs-aufenthalte zu ermöglichen. In den bisherigen Landkreistreffen konnte für diesen Zweck insgesamt eine Summe von mehr als einer Viertel Million Mark aufgebracht werden. Im Jahresdurchschnitt war damit die Finanzierung von Erholungs-aufenthalten für jeweils 13 Mütter mit behinderten Kindern möglich.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Klinkhammer,
Der Landrat des Landkreises
Mayen-Koblenz

Wort des Tages

„Worte sind Taschen, in die bald dieses, bald jenes, bald mehreres auf einmal hineingesteckt worden ist.“

Friedrich Nietzsche, deutscher Philosoph (1844-1900)

Zwei Vorbilder

„Den Freunden, dem Gegner und sich selbst ein unbequemer Mann“; WELT vom 10. Dezember

Sehr geehrte Damen und Herren, es war erfreulich und eine Erholung zu lesen, was Georg Leber über Alfred Dregger geschrieben hat. Dieser Artikel ist eine ganz große Empfehlung für beide, Leber und Dregger. Die große Mehrheit aller Politiker sollte bei diesen beiden in die Lehre gehen, und vieles würde einfacher oder sogar besser werden.

Mit freundlichem Gruß
Karl-Ernst Zippel,
Hamburg 70

Schon vor 1900

„Auf der Suche nach dem Geheimnis der Tiefsee“; WELT vom 4. Dezember

Sehr geehrte Herren, zu diesem sehr gut gelungenen Beitrag möchte ich Ihnen herzlich gratulieren.

Wenn diese Schiffe rund 60 Jahre insgesamt gefahren sind und man mit ihnen weiträumig deckende Meeressforschung betreiben konnte, so ist dies in bezug auf die Schiffe gesehen absolut richtig. Aber Ozeanographie wurde von deutscher Seite her schon vor 1900 intensiv betrieben.

Ich greife hier heraus: die Ergebnisse der deutschen Tiefsee-Expedition von 1898/1899. Es wurden nicht nur die - damals noch mit Klaviersalttendrat - gemessenen Tiefen angezeigt, es wurde über alles denkbar Vorkommende berichtet: Chemie des Meeres, Physik des Meeres usw. Die Engländer waren so begeistert, daß sie spontan ein Tief nach dem wissenschaftlichen Leiter des Unternehmens, Professor Chun, benannten (heute das Kapverdische Becken); ein anderes Tief nannten sie nach dem nautischen Leiter der Unternehmung, Kapt.-Kreuz-Tief (heute Guinea-Becken). Die Teilbereiche ab Bouvetinsel bis Enderby-Land nannten sie nach dem Forschungsschiff Valdivia-Becken.

Die Emden und die Meteor 1 konnten mit ihren neuen Geräten die Ergebnisse von damals nur bestätigen. Die von Deutschland betriebene Forschung auf dem Gebiet der Ozeanographie ist insgesamt an die einhundert Jahre alt, nicht erst 60 Jahre.

Mit freundlichem Gruß
Walther Kreck,
Lüneburg

Schweigepflicht

„Ärztliche Schweigepflicht hat Grenzen“; WELT vom 28. November

Sehr geehrte Herren, das Bundessozialgericht in Kassel hat in einem Musterprozess entschieden, daß die Kassenärztlichen Vereinigungen die Vorlage von Patientendaten, die Offenbarung von persönlichen Patientendaten, von dem betreffenden Arzt verlangen können, wenn das ihrer Auffassung nach zur Sicherung der ärztlichen Versorgung notwendig erscheint.

Ohne die nähere Begründung dieses Urteils abwarten zu müssen, kann jetzt schon gesagt werden, daß dieses Urteil der Willkür Tür und Tor öffnet, zum Mißbrauch direkt einlädt und den Verwaltungen der Kassenärztlichen Vereinigungen freie Hand gibt, die Angabe aller nur möglichen persönlichen Patientendaten als notwendig zu bezeichnen, die dann nicht mehr der Schweigepflicht unterliegen würden. Da nun pro Tag ca. 2,5 Millionen Patienten durch die Arztpraxen gehen, werden es in kurzer Zeit für die ganze Bundesrepublik Hunderttausende bis Millionen von persönlichen Patientendaten sein, die freigegeben und nicht mehr geschützt sind. Man wird mit ihnen fast Handel treiben können.

Nach diesem Urteil kann kein Patient mehr sicher sein, daß seine Geheimnisse, die er einzig und allein seinem Arzt anvertraut hat, nicht plötzlich irgendwo auftauchen, nachdem sie von einer Kassenärztlichen Vereinigung angefordert sind und dann, auf welche Weise auch immer, eigene Wege eingeschlagen haben. Meine Weigerung, diese Schweigepflicht zu verletzen, hat zu diesem Musterprozess geführt. Ich werde mich auch weiterhin weigern, die verlangten Unterlagen vorzulegen und als persönlich Betroffener dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe die Frage vorlegen, ob eine Kassenärztliche Vereinigung durch einen Verwaltungsakt den Arzt zwingen kann:

- gegen die Berufsordnung zu verstößen,
- den Paragraph 203 des Strafgesetzbuches zu übertreten,
- das grundrechtlich geschützte informationelle Selbstbestimmungsrecht des Patienten zu verletzen und
- die Würde des Menschen, deren Schutz die Schweigepflicht dient, zu beschädigen.

Das Wort hat jetzt das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe.
Mit freundlichen Grüßen
Dr. med. Hans-Jürgen Deiwick,
Hamburg 80

ERNENNUNG

Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat dem neuen österreichischen Botschafter Dr. Friedrich Bauer das Agrément erteilt. Dr. Bauer, in Bonn Nachfolger von Botschafter Dr. Willibald Pahr, wird Ende Januar auf seinem neuen Posten erwartet. Der Jurist, Jahrgang 1930, der dem Auswärtigen Dienst seit 1955 angehört, war in Belgrad tätig und in Israel und von 1973 bis 1977 Botschafter in Ost-Berlin gewesen. Danach leitete er bis 1979 die Ostabteilung der politischen Sektion. 1979 wurde er politischer Direktor und Stellvertreter von Generalsekretär Dr. Gerhard Hinterberger im Außenministerium am Ballhausplatz in Wien.

KIRCHE

Die 43jährige Pfarrerin Heide Fischer aus Friedrichsdorf-Köppern ist zur ersten Oberkirchenrätin der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau gewählt worden. Die Landesynode berief Frau Fischer zur neuen Leiterin des Referates „Soziale Dienste/Diakonie und Erwachsenenbildung“ in der Kirchenverwaltung in Darmstadt. Heide Fischer war bisher Krankenhauspflegerin an der Psychiatrischen Klinik in Friedrichsdorf-Köppern im Taunus.

AUSZEICHNUNGEN

Die deutsche Missionsärztin Dr. Eilfriede Schmitt aus Siegen erhielt durch den deutschen Botschafter in Ägypten, Dr. Müller, des Verdienstkreuz Erster Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland überreicht. Damit wurde ihre 28jährige Tätigkeit als leitende Ärztin eines Krankenhauses in Assuan gewürdigt. Das Krankenhaus gehört der Evangelischen Mission in Oberägypten (EMO), deren Zentrale sich in Wiesbaden befindet. Im Frühsommer 1986 beendet die Ärztin ihre Arbeit in Assuan.

Als erster Bildhauer erhält der in Köln lebende Künstler Alf Schuler in diesem Jahr den „Lisa- und David-Laubner-Preis“. Mit dem Reisestipendium von 13 000 Mark soll das kühl-ästhetische Skulpturenwerk des ehemaligen Nürnberger Kunststudenten gewürdigt werden. Die Auszeichnung, die von der

Personalien

Deutsch-Amerikanerin Hermine Wiener zur Erinnerung an ihre 1939 aus Nürnberg emigrierten Eltern gestiftet wurde, wird seit 1981 alljährlich an einen bildenden Künstler verliehen, der eine enge Beziehung zu Nürnberg hat.

Mit dem erstmals vergebenen Deutschen Jugend-Video-Preis hat Bundesjugendminister Rita Süssmuth fünf Video-Filme ausgezeichnet. Die fünf Werke wurden unter 23 Vorschlägen als „besonders jugendgeeignet“ ausgewählt. Der erste Preis ging an den Münchner Regisseur Roland Richter für den Film „Koly“. Weitere Preise erhielten Dominik Graf für „Treffler“, Claus Strigel und Bertram Verhaag für „Echt tu matsch“, Oguz Peker und Thomas Piansker für „Ali“ und die Medienkooperative Berlin für „Am Rande der Träume“. Der Preis ist mit insgesamt 18 000 Mark dotiert.

In einem Festakt im Kurhaus des Harzortes Goslar-Hahnenklee wurde dem Komponisten Werner Boehmann der Paul-Lincke-Ring 1985 übergeben. Diese Auszeichnung wird seit 1955 an Komponisten, Textdichter und Interpreten von Tanz- und Unterhaltungsmusik von dem Harzort vergeben. Boehmann ist der 17. Träger des aus 14karätigem Gold bestehenden Ringes. Vor ihm erhielten u. a. Franz Grothe, Will Meisel, Professor Peter Kreuzer und Ralph Siegel die Auszeichnung, die alle zwei Jahre vergeben wird.

Elf junge Künstler sind mit dem Förderungspreis, dotiert mit je 6000 Mark, des Landes Nordrhein-Westfalen ausgezeichnet worden. Den Preis des Landes erhielten Julia Lehmann, Jindrich Vektirhaml (Bildende Künstler), Viktoria Lösch, Alfred Miersch (Schriftsteller), Christoph Poppen, Martin Schulz (Musiker), Johannes Leisacker (Szenenbildner), Dominique Meray (Tänzer), Riba Jahn, Masha (Film), Jörg Friedrich (Architekt).

VERÄNDERUNG

Dr. Helmut Seifert, stellvertretender Direktor des Diakonischen Werks der Evangelischen Kirche im Rheinland (Disseldorf) übernimmt am 1. Januar 1986 den Vorsitz der Arbeitsgemeinschaft der Spitzen-

verbände der Freien Wohlfahrtsverbände des Landes Nordrhein-Westfalen. Dr. Seifert wurde turnusgemäß und einstimmig von den Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft gewählt. Er löst Dr. Bernhard Nether, Landesgeschäftsführer des Deutschen Roten Kreuzes, Landesverband Nordrhein e. V. ab, der den Vorsitz 1984/85 innehatte. Die Arbeitsgemeinschaft bilden Arbeiterwohlfahrt, Caritas, Paritätischer Wohlfahrtsverband, Rotes Kreuz, Diakonische Werke und Jüdische Kultusgemeinden.

EHRUNG

Der Fachbereich Neuere Deutsche Literatur und Kunstwissenschaften der Universität Marburg verlieh dem Münchner Buchverleger Klaus Gerhard Saur die Würde eines Ehrendoktors der Philosophie. Wie der Dekan des Fachbereichs, Professor Dr. Hans-Joachim Kunst, bei der Überreichung der Ehrendoktorurkunde erklärte, hat sich der 44jährige Verleger vor allem um die Gestaltung des vom Bildarchiv „Foto Marburg“ herausgegebenen „Marburger Index“, der bisher umfassendsten Dokumentation zur bildnerischen Kultur Europas, verdient gemacht.

WAHL

Professor Dr. Arnulf Schlüter wurde als Nachfolger von Professor Dr. Dr. Herbert Franke zum Präsidenten der Bayerischen Akademie der Wissenschaften gewählt. Professor Schlüter, Direktor am Max-Planck-Institut für Plasmaphysik (IPP) in Garching bei München, ist einer der Pioniere der kosmischen Elektrodynamik und der Plasmaphysik sowie ihrer Anwendung in der Erforschung der kontrollierten Kernfusion. Grundlegende Arbeiten hierzu entstanden nach der Promotion im Jahre 1948 im Max-Planck-Institut für Physik und Astrophysik in Göttingen. 1958 wurde Professor Schlüter zum ordentlichen Professor der theoretischen Physik an die Universität München, ein Jahr darauf zum wissenschaftlichen Mitglied der Max-Planck-Gesellschaft berufen. An der Gründung des Max-Planck-Instituts für Plasmaphysik, das er von 1965 bis 1973 als wissenschaftlicher Direktor leitete, und am Aufbau der ersten Kernfusionsexperimente in Deutschland war er maßgeblich beteiligt.

Damit Weihnachten noch schöner wird!

HÖRZU

Mit dem festlichen Fernseh- und Radio-Programm für die Feiertage

Simmel schreibt, wie Weihnachten damals war • Das Fernsehen zu Gast in Englands Königshaus • Warum wir Boris Becker brauchen • Serie: Heilkraft der Natur • Zu gewinnen: 10 Video-Recorder und 250 Modellbaukästen

Das große Programm für alle Feiertage!

Mercedes-Benz damit Sie gr...

Wie in Deutschland Firmengründungen staatlich unterstützt werden

Neue Ideen in „Silicon Wedding“

Am Anfang steht die Idee, und dann kommt die Tat, so hört man es gern, wenn von Leuten die Rede ist, die es aus eigener Initiative zu etwas gebracht haben. Dabei, wer würde es nicht, spielen die berühmten Begleitumstände eine tragende Rolle. Um sie aber geht es eigentlich, wenn wir davon hören (und sehen), daß in den Vereinigten Staaten Selbständige und neue Unternehmen wie Pilze aus der Erde schießen und, so wird berichtet, Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen haben.

setzt worden sind, vom Mikrotaubsauger bis zur Computer-Stickerrolle.

Eine Entwicklung von nicht nur wirtschaftlicher Bedeutung, die sich seit 1982 in der Bundesrepublik abzeichnet, ist die systematische Einrichtung sogenannter Technologie-Parks. Es begann in Berlin. Dort stellte Wirtschaftssenator Einar Pieroth in enger Zusammenarbeit mit der Technischen Universität das historische Gebäude der AEG mitten im

wenden es - begonnen in Syke bei Bremen mit Nordhorn, Hannover, Braunschweig, Hildesheim, Bielefeld und Clausthal-Zellerfeld weit über 100 Neufirmen mit annähernd 1000 Arbeitsplätzen sein, die vor allem wieder in den Bereichen der Hochtechnologie aktiv sind.

Diesgleichen melden andere Bundesländer wie zum Beispiel Bayern und Hamburg „Technologie-Park“-Erfolge. In Hamburg, wo erst vor zwei Monaten das Gründerzentrum Hamburg seine Pforten geöffnet hat, haben sich so aufsehenerregende Produzenten niedergelassen, wie die Hersteller des ersten Flugzeugs, das im Handumdrehen von Eindecker zum Doppeldecker umgebaut werden und für landwirtschaftliche Aufgaben wie Transportaufgaben eingesetzt werden kann. Es soll bereits 1986 in Hamburg in Serienproduktion gehen und erwartete nach internationalen Preisen seiner Konstrukturen einen weltweiten Markt.

Die Unterstützung Selbständiger mit Ideen und unternehmerischem Engagement ist wesentlich durch den 1983 begonnenen Modellversuch des Bundesministeriums für Forschung und Technologie (BMFT) zur Förderung technologieorientierter Unternehmensgründungen vorangebracht worden. WALTER LEOPOLD

WISO, 21.15 Uhr im ZDF

Wedding Gründerfirmen als „Berliner Innovations- und Gründerzentrum“ (BIG) zur Verfügung. Produktions- und Verwaltungsstrukturen werden bei Vermittlung von Finanzierungsleistungen zu günstigen Preisen offeriert. Der Erfolg übertrifft alle Erwartungen. Internationales Echo verleiht dem Berliner Versuch den Markennamen „Silicon Wedding“. 1986 werden 50 Jungunternehmen vorwiegend aus dem Mikroelektronikbereich mit mehreren 100 Mitarbeitern hier unmittelbar an der Berliner Mauer arbeiten.

Das Beispiel machte Schule. Auch in Niedersachsen entstanden und entstehen Technologie-Parks für Gründerunternehmen. Im nächsten Jahr

Auch sie bedürfen der Unterstützung in Form so oft zitiert flankierender Maßnahmen, sei es im weitberühmten Silicon Valley, jener der präzisierbaren unternehmerischen Nachbarschaft und preisgünstiger Startbedingungen, sei es die Beratung durch erfahrene Manager, mit der neueste Beispiele aufwarten, um zu zeigen, daß gute Ideen auch mit sparsamen Mitteln ihre Märkte finden.

Genau diese Überzeugung verbreitet hierzulande seit einiger Zeit die selbst herausgearbeitete gewachsene, zeitschriftenunterstützte Aktion „Die Geschäftsidee“ mit der Norman Bentzen Tausenden Möglichkeiten der Selbständigwerdens nahebringt, die vielfältig in die berühmte Tat umge-

ZDF sieht die Koordinierungspflicht mit der ARD in Frage gestellt

Streit um die Werbe-Einnahmen

Statt des allgemein erwarteten Kampfes mit der privaten Konkurrenz droht den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten durch die in Bewegung geratene Mediendiskussion zunächst einmal ein Krieg im eigenen Lager. In einem einstimmig (also auch mit den Vertretern der Bundesländer) gefaßten Beschluß hat der ZDF-Fernsehrat unter dem Eindruck der Pläne zur bundesweiten Ausstrahlung der Dritten Programme die Koordinierung zwischen ZDF und ARD in Frage gestellt. Am 17. Dezember wird in Mainz ein Spitzengespräch der beiden Systeme über dieses Problem stattfinden.

Im einzelnen enthält der ZDF-Fernsehratsbeschluß folgende Punkte:
1. Intendant Professor Stolte soll über die Auswirkungen einer bundesweiten Ausstrahlung der Dritten Programme der ARD insbesondere auf die Selbstbeteiligung an der „heute“-Sendung um 19 Uhr und an den beiden letzten Werbeblöcken des ZDF berichten. Erste Untersuchungen hat das ZDF von sich aus bereits im bayerischen Grenzgebiet, wo viele Fernsehteilnehmer sowohl Hesse 3 als auch Bayern 3 und S 3 empfangen können, vorgenommen. Die Ergebnisse sind laut Stolte so gravierend, daß auf lange Sicht eine erhebliche Beeinträchtigung der ZDF-Einschaltquoten und damit der Werbeeinnahmen zu erwarten ist.

2. Das ZDF soll bei der Entwicklung eines neuen Programmschemas 1987 diese Entwicklung berücksichtigen.

3. Der Intendant wird ermutigt, weiterhin nach einer einvernehmlichen Lösung mit der ARD zu suchen.

4. Vorsorglich aber soll ein Rechtsgutachten darüber eingeholt werden, ob nach dem ZDF-Staatsvertrag nicht

auch die Dritten Programme unter die Koordinationspflicht der beiden Systeme fallen.

Der Streit zwischen ARD und ZDF um die Koordinierung und damit um Einschaltquoten und Werbemaßnahmen muß auf dem Hintergrund der Tatsache gesehen werden, daß eine Gebührenerhöhung aus allgemeinen politischen Gründen in nächster Zeit ungewiss erscheint.

Auch der Ton zwischen ARD und ZDF in der Öffentlichkeit hat sich verschärft. Auf die Vertiefung der Fernsehgebühren und die Koordinationsproblematik anspielend, sagte Professor Stolte nach der Fernsehratssitzung in Mainz: „Es geht nicht, daß wir wie eine an den Baum angebundene Geißel unser Futter mühsam in zwei Meter Umkreis suchen müssen, während die ARD in munteren Bocksprüngen alles rundherum abgrast.“

JOACHIM NEANDER

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

Table with 2 columns: Time and Program Name. Includes programs like 'ARD-Satgeber', 'Die Welt, von der wir leben', 'Die Zukunft im Visier', 'Wirtschaft & Soziales', 'Menschenschilder', 'Theaterwerkstatt', 'Menschenschilder', 'Theaterwerkstatt', 'Menschenschilder', 'Theaterwerkstatt'.

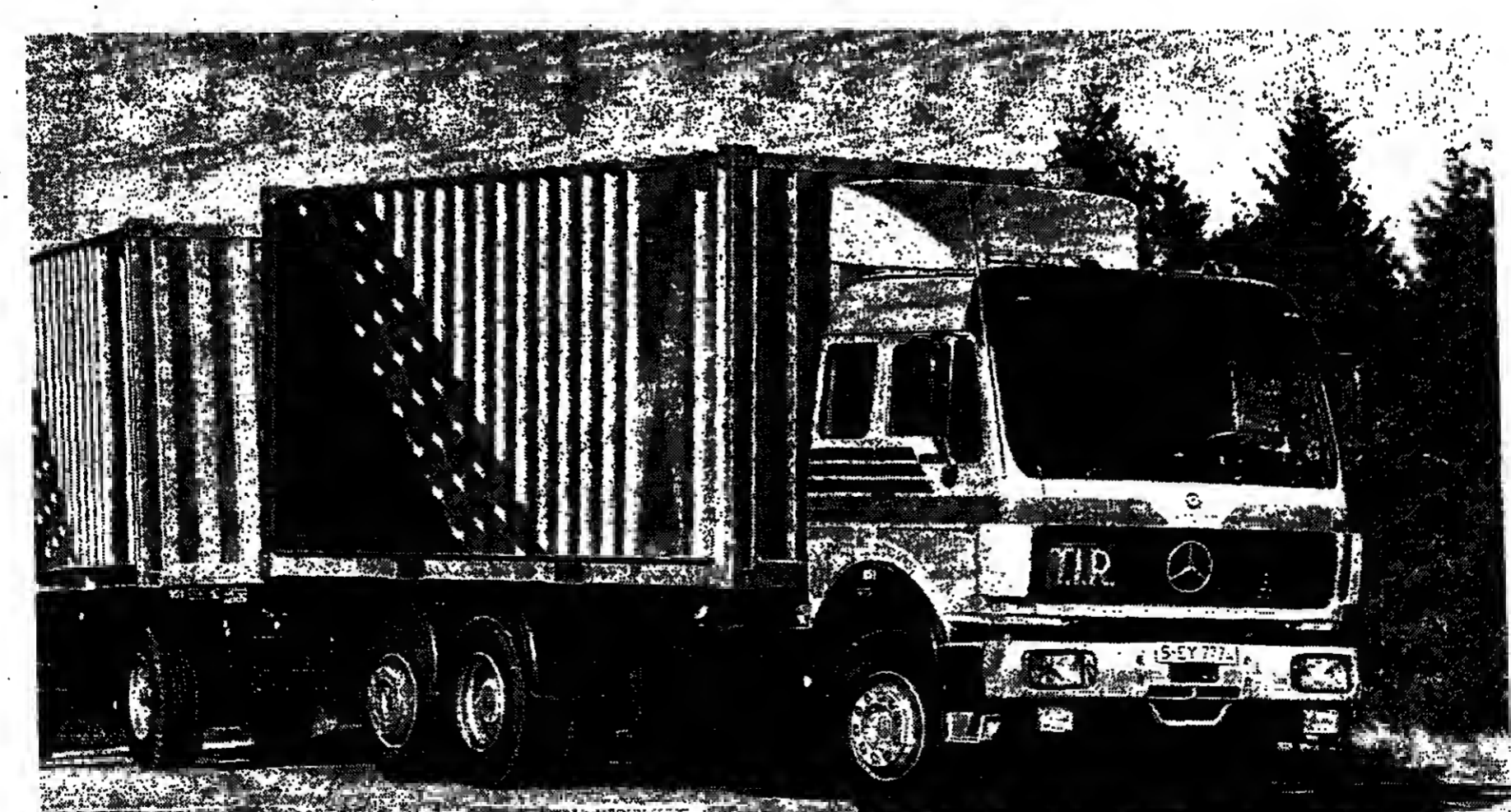


Am dem Frankfurter Festival „Theater der Welt“: Die japanische Szukki Company in „Kiyomizuki“, um 22.45 Uhr in der ZDF-Sendung „Theaterwerkstatt“.

III. SAT 1

Table with 2 columns: Time and Program Name. Includes programs like 'WEST', 'NORD', 'HESSEN', 'SÜDWEST', 'BAYERN', 'RTL-plus', 'Halle RTL', 'Nachrichten, Sport, Wetter', 'Karlchen', 'Night Rider', 'Filmschau', 'Die schwarze Seite', 'Schnee auf Copri', 'Das Kind im Mantel', 'Boanfetti', 'Wetter / Horoskop / Betbupfert'.

Mercedes-Benz Service T.I.R. - damit Sie grenzenlos gut betreut sind.



Wer tagtäglich überdurchschnittliches zu leisten hat, dem sollte auch überdurchschnittliche Leistung zur Verfügung gestellt werden. Für alle Nutzfahrzeug- und Omnibuskunden gibt es jetzt ein weiteres Dienstleistungsangebot von Mercedes-Benz: den Mercedes-Benz Service T.I.R. Diese Stützpunkte

an den europäischen Transitstraßen sind ganz auf die Bedürfnisse des Fernverkehrs zugeschnitten. Neben einer Werkstatt mit Mercedes-Benz Qualitätsstandard finden Sie auch Ruheräume, Telex-Anschlüsse, Fremdsprachenbetreuung, Devisendienst und einen Informationsservice. Vertrauen

Sie dem Mercedes-Benz Service T.I.R. - er ist wirklicher Dienst am Kunden. In Betreuung so gut wie in Technik. Das heißt für Mercedes-Benz auch: 1. Hohe Servicequalität. 2. Reparaturnotdienst an 7 Tagen in der Woche. 3. Überall bedarfsgerechte Ersatzteillager.



In Betreuung so gut wie in Technik. Mercedes-Benz. Ihr guter Stern auf allen Straßen.

Der „Windstoß“ konkurriert mit dem Euro-Jäger

HEINZ WEISSBERGER, Paris

Der französische Flugzeugkonstrukteur Marcel Dassault (93) stellte am Wochenende sein neues Kampfflugzeug „Rafale“, den Konkurrenten für den „europäischen“ Jäger 90, in Paris der Öffentlichkeit vor. „Dies ist ein Flugzeug für die Welt“, sagte Dassault bei der Präsentation des Prototyps, der ähnlich aussieht wie die aus dem gleichen Hause stammende „Mirage 2000“.

„Rafale“ kann sowohl mit „Windstoß“ als auch mit „Maschinengewehr“ übersetzt werden. Der erste Probeflug soll im Mai oder Juni stattfinden.

Fast zur gleichen Zeit wird der britische Prototyp „EAP“, der als Basis für den „europäischen“ Jäger 90 dient, seinen ersten Probeflug absolvieren. Beide Maschinen haben Deltaflügel und die kleinen „Schwimmflügel“, die beim Starten und Landen die erforderliche Flugstabilität verleihen. Frankreich hatte ursprünglich ins Auge gefasst, sich an dem Bau des „europäischen“ Jägers zu beteiligen. Doch Meinungsverschiedenheiten über die Eigenschaften des für die 90er Jahre notwendigen Kampfflugzeuges und darüber, wer in dem europäischen Konsortium führend sein sollte, Dassault oder British Aerospace, ließen das Projekt platzen.

Nachdem Spanien sich nach einigem Zögern für das britisch-deutsch-italienische Projekt entschieden, baute Frankreich die „Rafale“ im Alleingang. Der technische Direktor von Dassault, Bruno Revellin-Falcoz, teilte mit, Kontakte seien mit „anderen europäischen Ländern“ über eine Beteiligung im Gange. Inoffiziell spricht man von Belgien, den Niederlanden und Schweden.

Der amerikanische Verteidigungsminister Caspar Weinberger deutete vor einigen Tagen an, die USA seien möglicherweise bereit, sich sowohl an „Rafale“ wie an dem Projekt EFA (European Fighter Aircraft) zu beteiligen.

Der Generalstabschef der französischen Luftwaffe, General Bernard Capillon, sagte, dieses Flugzeug entspreche „voll und ganz den Aufgaben und Leistungen, die wir für das künftige Kampfflugzeug definiert haben.“ (SAD)

Spranger hat wegen Nachforschungen über die Grünen ein „gutes Gewissen“

SPD-Abgeordneter nennt Einschaltung des Verfassungsschutzes einen „Skandal“

PETER PHILIPPS, Bonn

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Carl-Dieter Spranger, hat gegenüber der WELT erklärt, „mich nicht öffentlich zu äußern“ zu den Vorwürfen, die am Ende der vergangenen Woche während der Arbeit des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses gegen ihn vor allem von den Grünen erhoben worden sind. Er sprach von dem „guten Gewissen“, auf dessen Grundlage er und Innenminister Friedrich Zimmermann wie seit Beginn der Affäre Tiedge auch weiterhin schweigen könnten. Nach seiner Überzeugung zeige sich, daß „die letzten Träume“ der Opposition „platzen“, der Spitze des Innenministeriums Versäumnisse im Fall Tiedge nachweisen zu können.

Der stellvertretende Chef des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), Stefan Felny, hatte die Diskussion um Spranger entfacht, als er vor dem Untersuchungsausschuß - der ein mögliches Verschulden Zimmermanns in der Affäre des übergelieferten Agenten-Jägers Tiedge klären soll - auf Fragen des CDU-Abgeordneten Felner gesagt hatte: Staatssekretär Spranger habe 1984 mehrere Aufträge an das BfV erteilt, in denen es unter anderem um Aufklärung et-

wasiger linksextremistischer Einflüsse auf die Grünen und den Verdacht einer möglichen Identifikation des Bundestagsabgeordneten der Grünen und Berliner Rechtsanwalts Otto Schily mit dem Terrorismus ging. Außerdem habe Spranger um eine Stellungnahme gebeten, ob die Flick-Spendenaffäre nicht im wesentlichen nur eine Desinformations-Arbeit gegen die Geheimdienste sei.

Felny, der als SPD-Mitglied nach der „Wende“ aus dem Bundeskanzleramt ins BfV versetzt worden war und dort seit Mai 1983 entsprechend dem Pariser-Proporz Vizepräsident ist, sprach zwar von den Sorgen, die er gemeinsam mit Amtschef Hellendreich gehegt habe, die Kölner Behörde könne auf diese Weise parteipolitisch mißbraucht werden, doch der Überraschungseffekt blieb auf die Grünen und ihre daraus resultierenden Forderungen nach einem Spranger-Rücktritt beschränkt.

Die SPD hielt sich vollständig bedeckt. Sie hatte, wie bereits vor einigen Wochen durchgesickert war, schon während der streng geheimen Befragungen zum Fall Tiedge in der Parlamentarischen Kontrollkommission (in der die Grünen nicht vertreten sind) von diesen Aufträgen Sprangers erfahren. Da offenbar

nicht der Eindruck entstand, daß hier rechtlich bedenkliche Wege beschritten worden waren, war der „Knochen“ den Grünen für den öffentlich tagenden Untersuchungsausschuß zum „Abtragen“ überlassen worden. Doch die Auffassung der SPD hat sich offenbar gewandelt. Der Vorsitzende des Bundestagsintrausschusses, Axel Warnitz (SPD), will den „Skandal“ jetzt vor diesen Ausschuß bringen. Auch die Parlamentarische Kontrollkommission soll sich mit den Nachfragen Sprangers befassen.

Der CDU-Abgeordnete Todenhöfer, der mit seinen Anfragen Sprangers Aktivitäten in Richtung Spranger ausgelöst hatte, wies gestern alle Vorwürfe zurück: Es gehöre „zu den demokratischen Rechten jedes Bundestagsabgeordneten, in Angelegenheiten, die er für das Wohl des Staates für bedeutsam hält, Fragen an die Bundesregierung zu stellen“.

Da die Inlandsaufklärung des Arbeitsgebietes des BfV ist, sind in Köln von Anfang an auch Informationen über alle Parteien ausgewertet worden. Dies bedeutete freilich nicht - ebenso wenig wie bei Sprangers Aufträgen - eine gezielte Observation, sondern im wesentlichen eine aus allgemein zugänglichen Quellen gespeiste Einschätzung der Lage.

Weder die Militärs noch Museveni lenken ein

Verhandlungen über Machtteilung in Uganda gescheitert

DORIS GRAY, Nairobi

Das „Ultimatum“ für die Unterzeichnung eines Friedensvertrages für Uganda ist am Wochenende verstrichen, die Hoffnungen auf eine friedliche Beilegung des bürgerkriegsähnlichen Konfliktes sind jetzt auf den Nullpunkt gesunken. Erfolgreich verliefen auch die Gespräche, die der kenianische Präsident Daniel Arap Moi am Wochenende separat mit den ugandischen Kontrahenten führte.

Unter Vorsitz Moisis verhandeln seit dem Sturz des ugandischen Präsidenten Milton Obote im Juli dieses Jahres Vertreter des gegenwärtig regierenden Militärs mit der Nationalen Befreiungsarmee (NRA) um die Macht in Uganda.

Panik in Kampala

Vertreter beider Seiten sind sich seitdem jedoch nicht nähergekommen. Im Gegenteil, die NRA unter der stiklen Führung von Yoweri Museveni hat mittlerweile den gesamten Südwesten des Landes unter ihre Kontrolle gebracht und eine Interimsverwaltung eingesetzt. Am Samstag lösten Gerüchte, Museveni kämpfe marschierte in Richtung Kampala, eine Panik aus.

Massenweise versuchten Ugander die Hauptstadt zu verlassen. Die Armee riegelte schließlich einige Straßen, die aus Kampala herausführen, vor allem den Weg nach Entebbe (Flughafen) ab. Später glich Kampala einer verlassenen Stadt. Geschäfte schlossen vorzeitig, der Stadtmarkt verödete, und der Straßenverkehr kam zu einem Stillstand. Obwohl sich die Gerüchte als falsch erwiesen, kam gestern nur langsam wieder Leben in die Straßen Kampalas.

Währenddessen hielten Reporter aus dem In- und Ausland im benachbarten Kenia ihre Kameras und Stifte bereit, um die angekündigte Unterzeichnung des Friedensvertrages festzuhalten.

Aber der alternde General Tito Okello, Führer des Militärs und gegenwärtiges Staatsoberhaupt von Uganda, und Rebellenführer Yoweri Museveni verließen getrennt Harare, die Hauptstadt des zentralen Präsidenten. Moisis kommentierte: „Es gibt nichts zu berichten.“ In einer Textvorlage des Friedens-

vertrages hieß es, daß die Regierung in Kampala den Hauptforderungen der Befreiungsarmee nachgeben wolle und bereit sei, Museveni das Amt des Vizepräsidenten des Militärs zu übergeben. Bedingung sei jedoch, daß die NRA die Interimsverwaltung im Südwesten mit sofortiger Wirkung aufhebe.

Das gegenwärtige Chaos in Uganda hat eine lange Geschichte und führt bis in die Tage zurück, da Uganda britisches Protektorat war. Zwei unterschiedliche ethnische Gruppen stehen sich hier gegenüber, die Niloten aus dem Norden und die Bantus, die vorwiegend im südlichen, fruchtbaren Teil des Landes leben.

Die verschiedenen Stämme, die der Volksgruppe der Niloten angehören, sind Krieger und wurden unter den Engländern zu Soldaten ausgebildet. Die den Bantus zugehörigen Stämme hingegen sind traditionell Landwirte und Bauern. Wie Obote ist auch das gegenwärtige Staatsoberhaupt Okello ein Mann aus dem Norden mit entsprechend gelagertem Interesse.

Museveni dagegen will auch den Menschen aus dem Süden eine Mitsprache in der Regierung und vor allem in der Armee sichern. Darüber hinaus fordert Museveni, der bei Beobachtern mit Robert Mugabe von Zimbabwe verglichen wird, daß die Armee von Politikern gesäubert wird, die unter dem einstigen Diktator Idi Amin aktiv waren. Für die NRA ist somit die Neuordnung der Armee Grundvoraussetzung für einen Friedensvertrag.

Verhärtete Fronten

Inzwischen haben sich die Fronten in Uganda derart verhärtet, daß eine Lösung - gleich welcher Art - in absehbarer Zeit nicht in Sicht ist. Selbst wenn Museveni, der hinter vorgehaltener Hand immer mehr Unterstützung aus Kreisen westlicher Diplomaten bekommt, an die Macht gelangen sollte, so bedeutet das, daß sich die gegenwärtig Regierenden in den Busch zurückziehen und kämpfen werden. Politische Orientierungen verlieren an Bedeutung. „Das einzige, worum es jetzt noch geht“, so ein politischer Beobachter in Kampala, „ist die Macht“.

Madrid weist vier kubanische Diplomaten aus

Die spanische Regierung hat am Wochenende vier kubanische Diplomaten ausgewiesen, die versucht hatten, einen kubanischen Regimekritiker in Madrid zu entführen. Außerdem legte sie bei der Regierung in Havanna Protest ein. Aus Regierungskreisen verlautete, die Kuba-Reise von Ministerpräsident Felipe Gonzalez sei nun „unmöglich“.

Die ausgewiesenen Mitglieder des Geheimdienstes „G 2“, hatten in Madrid auf offener Straße Manuel Antonio Sanchez Pérez (41), den ehemaligen Vizeminister für Technologie und Materialbeschaffung, mit vorgehaltenen Pistolen entführen wollen. Sanchez hatte am 18. November das von ihm erbetene Asylrecht erhalten.

Beherzte Passanten, ein ziviler Wachmann und ein Taxifahrer warteten sich dazwischen und verhinderten so bis zum Eintreffen der Polizei die Entführung des zu Tode erschrockenen Mannes. Sanchez, der von einem vor ihm aus Kuba geflüchteten anderen Vizeminister gegenüber der Madrider Zeitung „ABC“ als Spitzenfunktionär des Castro-Regimes bezeichnet wurde, hatte in Saragossa im Auftrage kubanischer Staatsunternehmen Geschäfte abwickeln. Saragossa ist seit Jahren als Zentrale für Waffenverkäufe an kommunistische Guerrilla-Verbände in Südamerika bekannt.

Sanchez Pérez hatte außerdem auf der Madrider Zentrale der Banco Comercial Transatlántico eine halbe Million Dollar auf seinen Namen eingezahlt. Mit diesem Geld sollte nach Informationen der gut unterrichteten „ABC“ die Anti-NATO-Kampagne in Spanien mitfinanziert werden. Die von Gonzalez versprochene Volksabstimmung über Verbleib oder Nichtverbleib in der NATO wird nur noch von linken Flügel der Regierungspartei sowie von den kommunistischen Parteien und mehreren pazifistischen Gruppen gefordert.

Die Castro-Regierung warf inzwischen der spanischen Regierung vor, einen „gemeinen Dieb“ seine gerechte Strafe vorenthalten zu haben. Spaniens Außenminister Fernández Ordóñez nannte diesen Vorwurf „unannehmbar“, der die gespannten Beziehungen zwischen beiden Ländern weiter verschärfe. (SAD)

Shultz: Jalta verpflichtet die Sowjets

Fortsetzung von Seite 1

len vor jeglicher Eigenmächtigkeit - vor allem aber verurteilt Moskau ausdrücklich jede unabhängige Außenpolitik kommunistischer Staaten. In diesem Licht muß man den in der „Prawda“ veröffentlichten Artikel zum 15. Jahrestag der Unterzeichnung der Dokumente von Prag sehen. Der Bericht befaßt sich mit den „Lehren der Krisenentwicklung der kommunistischen Partei der CSSR und der Gesellschaft nach der XIII. Tagung der „KPC“.

Der Bericht wurde gezielt zum Besuch des amerikanischen Außenministers Shultz in Osteuropa platziert. Die Verlautbarung der Reagan-Administration, daß sie „die individuellen Identitäten und Zielsetzungen“ der


einzelnen Länder unterstütze, hat den Krenl aufgeschreckt. Als „Warnung“ an die Ostvölker wird noch einmal das „Eingreifen“ der Sowjets und indirekt das „Niederwalzen“ des „Prager Frühlings“ gerechtfertigt. So heißt es in der „Prawda“: Die internationale Hilfe bei der Verteidigung der sozialistischen Errungenschaften, die als Antwort auf den Aufruf der Kommunisten - der wahren Patrioten der Tschechoslowakei - erfolgte, wendete das Blutvergießen, das die Konterrevolutionäre vorbereitet hatten, ab.“

Und weiter: „Dieser Akt hat das Leben von Tausenden von Menschen gerettet, hat die inneren und äußeren Bedingungen für eine friedliche und ruhige Arbeit gewährleistet, hat die West-Grenzen des sozialistischen La-

gers gefestigt und die Hoffnungen der imperialistischen Kreise auf eine Revision der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges auf immer vernichtet.“

Westliche Stimmen sehen in diesem Artikel eine Bekräftigung der Breschnew-Doktrin. Nicht nur der Shultz-Besuch mag ausschlagend für das Erscheinen dieses Artikels gewesen sein, sondern sicher auch die 41. Sitzung der RGW-Staaten, die morgen in Moskau beginnt. Auch seitdem ist im Juni, vor der jüngsten Sitzung in Warschau, wurde den osteuropäischen Regierungschefs durch einen „Prawda“-Artikel unter dem Pseudonym „Wladimir“ eine scharfe Abgabe an Experimenten mit Elementen der Privatinitiative und der Marktwirtschaft erteilt.

Jetzt gibt's alle Sondermarken von 1985 im neuen Jahrbuch. Machen Sie sich selbst oder anderen eine Freude: Mit dem Sondermarken-Jahrbuch 1985 der Deutschen Bundespost. Es enthält alle 54 Sondermarken dieses Jahres. Allein der Nennwert dieser Marken beträgt DM 49,50. □ Auf 82 Seiten sagen kompetente Autoren etwas über Motiv und Ausgabean-Sportmarken, kulturelle, historis-Sondermarken sind eine Galerie von Inhalten. Dabei ist auch ein Abdruck



□ Jede Marke steckt unter einer wird in einem Schuber verschickt Bundespost diese Spezialität jähr-eine Sammlung von bleibendem

laß jeder Marke. Jugendmarken, sche und aktuelle Ereignisse - die Miniaturen mit bemerkenswerten des jeweiligen Ersttagsstempels. schützenden Folie. Das Jahrbuch und kostet DM 87,-. Da die Deutsche lich herausgibt, können Sie damit Wert anlegen. □ Wollen Sie meh-

rere Jahrbücher bestellen, um sie an Freunde oder gute Geschäftspartner zu verschenken, so informiert Sie unser Herr Schäfer unter 0 69 - 74 40 27 42 gern über Details wie Versandhilfen etc.

Postamt 1 - Versandstelle für Postwertzeichen
Sammler-Service der Post
Postfach 20 00
6800 Frankfurt 1

Hiermit bestelle ich Exemplar(e) des Sondermarken-Jahrbuches '85 zum Preis von DM 87,- (zzugl. der einmaligen Bearbeitungsgebühr von DM 2,- für die Bestellung).

Den Betrag habe ich mit dem Vermerk „Jahrbuch '85“ auf ihr Postgironkonto 32-803 (BLZ 500 100 60) beim Postgironamt Frankfurt überwiesen.

Vorkontogehalt liegt bei.

Ich wünsche Lieferung per Nachnahme.

Name/Vorname

Straße

PLZ/Ort

Briefmarken - Sammel deck auch.

Post

15/1

Gewaltige Lücke

Arbeit nicht

Paris erhält Auftrag für

Das große

BERGBAU

Computer soll künftig steuern

dpa/VWD, Essen
Um auch in den künftigen Abbaufasen von 1000 bis 1500 Metern unter Tage günstig und sicher Steinkohle fördern zu können...

So werden bereits in den Steuerzentralen zahlreicher Grubenwarten

DekaDespa-Info Nr. 12

DespaFonds* beteiligt Sie an ertragsreichen kommerziellen Immobilien im ganzen Bundesgebiet.

Auch unter steuerlichen Gesichtspunkten ist dieser SparkassenFonds eine interessante Ergänzung ihrer Vermögensanlage.

Produktions- und Versorgungssysteme automatisch überwacht. Einzelne Maschinen können schon ferngesteuert arbeiten.

SPANISCHE BÖRSE / Geschäftsvolumen nach wie vor niedrig - Bemühen um mehr ausländische Investoren

Der Platz Madrid ist kein Geheimtip mehr

ROLF GÖRTZ, Madrid
Die Madrider Börse wurde jahrelang international als ein Geheimtip gehandelt. Mit dem Geheimnis ist es aber vorbei...

WELT gegenüber äußerte, rechnet er mit einer Belastung der Inflation durch zusätzliche zwei Prozentpunkte...

INDIEN / Handel mit der Bundesrepublik in den letzten Jahren kräftig gestiegen

Deutsche entdecken den Subkontinent

CHRISTIAN FÜRST, Neu-Delhi
Die Wirtschaft der Bundesrepublik hat in diesem Jahr offenbar den indischen Subkontinent für sich entdeckt...

deutsch-indische Warenaustausch überschritt 1984 erstmals die Marke von vier Milliarden DM.

GROSSBRITANNIEN / Westland in Schwierigkeiten

Beteiligung von Sikorsky?

Der in Schwierigkeiten steckende britische Hubschrauber-Hersteller Westland hat bekanntgegeben, daß er ein gemeinsames Beteiligungsangebot des amerikanischen United-Technologies-Konzerns...

RENTENMARKT / Etwas freundlicher

US-Zinsrückgang stimuliert

Table with columns: Emissionen, 12.12., 6.12., 28.12., 30.12., 30.12. (values in DM)

KONKURSE

- Konkurs eröffnet: Aachen: Lorenz Modevertrieb GmbH; Barbara Scholz, geb. Stiel, Kaufrath...

KUNSTPREIS-JAHRBUCH 1985. Teil 1: Gemälde, Ikonen, Buchmalerei, Graphik, Photographie, Plastik, Medaillen, über 900 Seiten, über 1200 Abbildungen.

KUNSTPREIS-JAHRBUCH 1985. Teil 2: Europäische Antiquitäten und Sammlungsgegenstände (Möbel, Keramik, Silber, Glas, Waffen, Nautica, Puppen u.a.).

DIE WELT. UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND. Herausgeber: Axel Springer & Dr. Herbert Kremp.

Hotel Handhaus Höpen. Das Haus für anspruchsvolle Tagungen und Festlichkeiten. Verkehrsünstig im Dreieck Hamburg-Hannover-Bremen.

BEVOR ES ZU SPÄT IST... Jetzt nach Spanien! I. Seminarangebot mit detaill. INFO über Investieren, Geschäftseröffnung, Immobilien, Besteuerung, Steuern etc.

Mercedes-Automobil-Holding Aktiengesellschaft. Dividendenbekanntmachung. Unsere ordentliche Hauptversammlung vom 13. Dezember 1985 hat beschlossen...

N. V. GEMEENSCHAPPEL BEZIT VAN AANDEELEN PHILIPS' GLOELAMPENFABRIEKEN. Dividendenbekanntmachung. Wir geben hiermit bekannt, daß für das Geschäftsjahr 1985 auf die Stammeinlagen unserer Gesellschaft eine

PHILIPS weltweite Sicht weltoffene Haltung. DIE WELT. UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND. Trimm Trab: Das neue Laufen, ohne zu schaukeln.

Wir arbeiten an den Gräbern der Opfer von Krieg und Gewalt für den Frieden zwischen den Menschen für den Frieden zwischen den Völkern. VOLKSBUND DEUTSCHE KRIEGSGRÄBERFÜRSORGE.

Belastunge... trend zu me... UNTER... geht an die Börse... Auftrags... wochen...

BAYWA / Wirtschaftliches Ergebnis leicht unter dem Vorjahr - Wieder 6,40 Mark

Belastungen durch EG-Agrarpolitik

DANKWARD SEITZ, München Die Aussichten der BayWa AG, München, für das kommende Jahr sind nicht gerade rosig...

lung wäre für die deutschen Landwirte mit einem erheblichen Verlust an Marktanteilen verbunden...

einander ein - wenn auch geringfügig - Umsatzminus (1984: minus 1,3 Prozent auf 5,87 Mrd. DM) hinnehmen müssen...

Vor allem der Landwirtschaft wird, wie der Vorstand in einem Zwischenbericht schreibt, voraussichtlich noch ein tiefgreifender Wandel bevorstehen...

Schon 1985 habe die EG-Agrarpolitik, so die BayWa, die Einkommens- und Entwicklungsmöglichkeiten der bayerischen Landwirtschaft erheblich eingeschränkt...

Trotzdem geht der Vorstand davon aus, für 1985 wieder eine Dividende von 6,40 DM je 100-DM-Aktie ausschütten zu können...

SEDUS / Vor allem das Inlandsgeschäft floriert

Trend zu mehr Sitzkomfort

Die Sedus Stoll GmbH & Co. KG, Waldshut, einer der größten Büro- und Möbelhersteller Europas mit über 300 000 produzierten Einheiten im Jahr...

Jahr erfolgte Einstieg in den Bereich der Herstellung hochwertiger Konferenztische erwies sich als Erfolg. Da vor allem das Inlandsgeschäft florierte...

NAMEN

Karl Heinz Siepe (46) wurde zum Vorsitzenden des Vorstandes der O+K Orenstein + Koppel AG, Berlin/Dortmund, bestellt. Dr. Franz Josef Huttmagel wurde zum Vorsitzenden der Geschäftsführung der Rheinische Kalksteinwerke GmbH...

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Massa geht an die Börse

Frankfurt (dpa/VWD) - In den Kreis der Börsennotierungen wird sich 1986 auch die Einzelhandelskette Massa einreihen. Wie die Alfred Massa GmbH, Alzey, mitteilt, wird sie Anfang 1986 in eine AG umgewandelt...

Kautex baut in Leer

Leer (dca) - Die Kautex-Werke Reinhold Hagen AG, Bonn, wird in Leer/Ostfriesland mit einem Aufwand von zunächst 18 Mill. DM einen Produktionsbetrieb errichten. Ein entsprechender Vertrag ist jetzt zwischen der neu gegründeten 'Kautex Ostfriesland GmbH' und der Ansiedlungsgesellschaft Leer-Nord GmbH unterzeichnet worden...

O+K steigt bei Faun ein

Nürnberg (dpa/VWD) - Die zum Hoesch-Konzern gehörende O+K Orenstein + Koppel AG, Dortmund, wird sich mit Wirkung vom 1. Januar 1986 mit 51 Prozent an dem Nutzfahrzeughersteller Faun AG, Lauf, beteiligen. Die bisherigen Aktionäre der Familien-Gesellschaft werden dazu ihre Anteile in gleicher Höhe abgeben...

Neutraler Beauftragter

Hannover (dca) - Die Einrichtung eines Privatierungsbeauftragten, der unabhängig von den Landesregierungen für die Parlamente entsprechende Vorschläge mit 'konkreten Einsparungsberechnungen' vorlegen soll, schlägt das Mittelständische Institut Niedersachsen, Hannover, vor. Nach Ansicht des Instituts-Leiters, Professor Eberhard Hämer, ließen sich durch einen neutralen Dritten die Privatierungsbemühungen ge-

Gut beschäftigt

Düsseldorf (J.G.) - Ein auch auf dem Heimatmarkt deutlich verbessertes Investitionsklima und ein 'zufriedenstellender' Auftragsbestand von 480 Mill. DM per Ende Oktober 1985 sichern den Maschinenbau-Bereichen überwiegend die Beschäftigung bis in das zweite Halbjahr 1986. Die mit 60 Mill. DM Aktienkapital

Wochenschlußkurse

Table with columns for New York, Toronto, and Tokio, listing various stocks and their closing prices.

SIEMENS Ab sofort kann dieses BITELE auf Ihrem Schreibtisch stehen. Für nur 83 Mark pro Monat*



Additional text for the Siemens advertisement, including 'BITELE: komfortabel telefonieren!', 'BITELE: gleichzeitig Bildschirmtext nutzen!', and a coupon for requesting information.

Sepp Wildgruber: Melken und Füttern nach der Abfahrt

Andreas Wenzel, der genauso lange im Skizirkus dabei ist, schob Sepp Wildgruber zur Seite. „Nur weil du Dritter geworden bist, brauchst du dich nicht so breit zu machen“...

„psychologischer Schneepflug“ (Wildgruber), und zum Ende der letzten Saison drückte er die Konkurrenz im japanischen Furano und im amerikanischen Aspen als Zweiter und Dritter erstmals zur Seite.

Schon einige Male überlegte Wildgruber in den letzten Jahren, ob er die Renn-Ski nicht in die Ecke stellen sollte. Er sah sich fast dazu gezwungen, als der Vater im Vorjahr plötzlich starb, einen großen Hof und damit viel Arbeit hinterließ.

Wildgruber einmal zur Freude der Umstehenden. Er meinte damit die Kühe im Stall. Jetzt, wo er mit dem Skizirkus auf Tour ist, erledigt eine Aushilfe die Arbeit auf dem Hof.

RODELN

Weltcup-Erfolg im Doppelsitzer

Die olympische Kunstseilbahn am Berg Trebevic ist für die deutschen Rennrodler ein gutes Terrain. Fast zwei Jahre nach dem Olympiasieg von Hans Stanggassinger und Franz Wembacher gewannen die Berchtesgader Thomas Schwab und Wolfgang Staudinger in Sarajevo das erste Weltcup-Rennen der Saison.

SKI ALPIN / Weltmeister Markus Wasmeier vor lauter Wut gestürzt

Stenmarks Comeback: Der 80. Sieg

Der 80. Weltcup-Sieg für den Schweden Ingegerd Stenmark beim Riesentorlauf im italienischen Alta Badia, ein Schweizer Doppelerfolg (Erika Hess vor Brigitte Gaudin) beim Damen-Slalom von Savognin und ein österreichischer Triumph durch Peter Wirsberger bei der klassischen Italienischen Abfahrt in Gröden...

16. um neunzehn Hundertstelsekunden einen Weltcup-Punkt verpasste. Weltmeister Markus Wasmeier (Schliersee) war bereits im ersten Durchgang nach einem Sturz ausgeschieden. Wasmeier: „Bei der Einfahrt in den Steilhang passte gar nichts. Da habe ich eine solche Wut gekriegt - schon lag ich auf der Nase.“

dachte ich oben, als ich über den Kamelbuckel schlich: Du bist verdammte langsam. Gott sei Dank war das der größte Irrtum des gesamten Rennens.“ Schneller als er waren nur der Österreicher Peter Wirsberger, der ein Stundenmittel von 101,23 Kilometern erreichte, und der Schweizer Peter Müller. Ein großes Comeback feierte Leonhard Stock als Vierter, der österreichische Olympiasieger von 1980 in Lake Placid, Stock, der im Sommer nach jahrelanger Erfolgslosigkeit fast aufgehört hätte, feierte in Gröden seinen vierten Platz als großes Comeback.

TURNEN / Kubicka Chef, Winkler Meister

Ziel: Bis 1992 Japan und die „DDR“ einholen

Bekanntes Namen, neue Titel: Vavil Kubicka und Daniel Winkler standen bei den deutschen Meisterschaften der Kunstturner in Hannover im Mittelpunkt. Kubicka (46), bislang Bundesmeister für den Nachwuchsbereich, wird neuer Cheftrainer des Deutschen Turner-Bundes (DTB). Daniel Winkler (23) holte sich bei den Olympischen Zwölfkampf seinen ersten deutschen Meistertitel.

1988 in Seoul in der deutschen Nationalmannschaft turnen sollten. Kubicka hat sich hohe Ziele gesteckt: „Auch wenn es überheblich klingt: Ich habe es für denkbar, bis 1992 an die DDR und Japan heranzukommen. Wir müssen einen Spitzenturner wie seinerzeit Gienger als Leitfigur aufbauen.“ Die technischen Voraussetzungen dafür seien fast optimal, jetzt müsse man durch Sichtung von Studien und Arbeitsplätzen und leistungsbezogene finanzielle Zuwendungen auch ein besseres Umfeld schaffen. Kubicka: „Das ist die wichtigste Aufgabe des Bundestachwartes.“

HANDBALL

Sieg verschenkt 43 Würfe, aber nur 16 Treffer

Zum Abschluss der Vorrunde hat die Handball-B-Weltmeisterschaft der Frauen die ersten Kapriolen geschlagen. Das fast schon sensationelle 19:17 der Österreicher gegen die Weltmeister Ungarn und der überaus Welterfolg der Mannschaft aus der DDR beim 18:18 gegen Rumänien stellten sogar die unnötigen 16:19-Niederlage der Mannschaft aus der DDR gegen die Mannschaft aus der DDR in den Schatten.

Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . .

Advertisement for Bild magazine featuring Boris Becker. Headline: 'Heute geht's los! Boris Becker schreibt in Bild!'. Includes a photo of Becker and promotional text.

Table of sports statistics including Fussball, Basketball, Eishockey, Handball, Hockey, Volleyball, Ringen, Ski Alpin, Turnen, Reiten, Tennis, Tischtennis, Curling, Galopp, Gewinnszahlen, and Skisprung.

Handwritten signature or note at the bottom of the page.

Ein zu starker Yen bremst die Konjunktur

Von FRED de LA TROBE

Das japanische Wirtschaftsplanungsamt und die Bank von Japan haben in ihren neuesten Berichten in den letzten Wochen eine langsamere Fahrt der Konjunktur festgestellt. „Ein Warnsignal ist aufgetaucht“, erklärte ein Sprecher des Planungsamts.

In der ersten Hälfte 1985 sei der reale Zuwachs der Wirtschaft (auf Jahresbasis) 4,8 Prozent gewesen im Vergleich zu 5,6 Prozent im vorausgehenden Halbjahr. Seit Anfang dieses Herbstes sei das Wachstum noch deutlicher abgeflacht, wobei der gegenüber dem Dollar erstarkte Yen eine wichtige Rolle spielte. Beim Export, dem Konjunkturmotor der beiden letzten Jahre, sei eine wesentlich ruhigere Gangart zu beobachten.

Einer der Hauptgründe dieser Entwicklung ist das Abflauen der amerikanischen Konjunktur, das die Lieferungen aus Japan herabdrückte. Während 1984 die japanischen Ausfuhr in die USA noch um durchschnittlich 30 Prozent stiegen, nahmen sie zwischen April und Oktober dieses Jahres im Vergleich zur selben Vorjahresperiode nur noch um 7,8 Prozent zu.

Automobile trieben den Export nach oben

Für dieses Wachstum waren außerdem wesentlich größere Automobillieferungen verantwortlich, da die Exportquoten von 1,85 Millionen Wagen auf 2,3 Millionen 1985 erhöht wurden.

Die Ausfuhr von Halbleitern und anderen elektronischen Produkten in die Vereinigten Staaten gingen jedoch in dieser Periode um 38 Prozent zurück, die von Eisen und Stahl sanken um 18 Prozent, die von Textilien um 9 Prozent und die von Büromaschinen um sieben Prozent. Auch die japanischen Lieferungen nach Südostasien und China erreichten in den

zurückliegenden Monaten dieses Jahres nicht mehr die Zuwachsraten des vergangenen Jahres.

Die Exportabschlüsse der 13 großen Handelshäuser im Oktober lagen auf der Basis von Yen um 11,2 Prozent niedriger als im gleichen Vorjahresmonat und auf der Basis von Dollar nur um 2,1 Prozent höher.

Infolge sinkender Importe und den Auswirkungen des stärkeren Yen - der die in Dollar quotierten Exportpreise erhöhte - schloß die japanische Leistungsbilanz in dem Halbjahr April bis September 1985 mit einem noch höheren Überschuss als vorher, der 26,6 Milliarden Dollar betragen hatte.

Bei Ausfuhr von 86,7 Milliarden Dollar, 1,6 Prozent mehr als in der gleichen Vorjahresperiode, und Einfuhr von 57,4 Milliarden, 7,6 Prozent weniger, wies die Handelsbilanz ein Plus von 29,3 Milliarden Dollar aus. Die langfristige Kapitalbilanz hatte einen Fehlbetrag von 35,7 Milliarden Dollar.

Nach dem G-5-Treffen in New York stieg der Wechselkurs des Yen zum Dollar seit dem 22. September steil um nahezu 20 Prozent auf rund 200 Yen für einen Dollar an. Während importintensive Branchen aus der höheren Parität Vorteile ziehen, beginnen exportorientierte Sektoren wie die Textil-, Elektronik-, Elektro-, Stahl- und Autoindustrie - zunächst vor allem bei kleineren und mittleren Zulieferern - unter dieser Entwicklung zu leiden.

Das wesentlich langsamere Wachstumstempo der Exporte wirkt sich auch ungünstig auf den Privatkonsum und den Umfang der Investitionen aus.

Die Ausgaben der privaten Haushalte sanken im Halbjahr April bis September 1985 um nur 0,5 Prozent im Vergleich zur Vorjahresperiode. Die Preise blieben stabil: Die Verbraucherpreise in Tokio lagen im Oktober

nur um 1,2 Prozent über den Stand des gleichen Vorjahresmonats.

Der Index der Großhandelspreise war im gleichen Monat sogar um 3,2 Prozent niedriger. Die Arbeitslosenquote liegt noch wie im Vorjahr bei 2,8 Prozent. Im September waren 1,5 Millionen Japaner erwerbslos. Vom geringen Exportwachstum war auch die Industrieproduktion betroffen, die in den Sommer- und Herbstmonaten abschwächte. Im Oktober lag sie nur um 1,9 Prozent höher als im gleichen Vorjahresmonat. Sinkende Ausbringungszahlen waren vor allem in den ausfuhrabhängigen Fertigungen von Videorekordern, Farbfernsehern und Halbleitern zu verzeichnen.

Unternehmer melden Rückgang der Gewinne

Im Ende September endenden Halbjahr meldete eine große Mehrheit aller Unternehmen Rückgänge ihrer Umsätze und Gewinne. Die 500 größten Gesellschaften berichteten für diese Periode von einem durchschnittlichen Sinken ihrer Umsätze um 3,6 Prozent im Vergleich zur Vorperiode und eine Abnahme ihrer Bruttogewinne um 15,4 Prozent.

Es wird erwartet, daß die unbefriedigenden Geschäftsergebnisse die Investitionen ungünstig beeinflussen werden. Das Ministerium für Handel und Industrie (MITI) veranschlagt die Zunahme der Anlageinvestitionen im laufenden Fiskaljahr gegenüber dem Vorjahr allerdings auf 10,7 Prozent. Dabei sind jedoch die Kosten der Privatisierung der bisher staatlichen Telefon- und Telegraphengesellschaft Japans (NTT) und des Tabakmonopols mitgerechnet.

Das Wirtschaftsplanungsamt erwartet, daß der Investitionsumfang mittlerer und kleiner Unternehmen im Quartal Juli bis September um 5,5 Prozent unter dem Vorjahresniveau lag, während bei den großen Gesellschaften noch eine leichte Zunahme zu verzeichnen war. Die Politik der

Bank von Japan, die zur Stärkung der Yen-Parität die Zinsen zu erhöhen sucht, wirkt ebenfalls dämpfend auf die Investitionslust der Unternehmer.

Ein anderer lustloser Bereich der Wirtschaft ist das Bauwesen, in dem die Zahl neuer Vorhaben leicht unter dem Vorjahresstand liegt. Zur Stimulierung der Inlandsnachfrage hatte das japanische Kabinett Mitte Oktober allerdings Sonderausgaben in Höhe von 3,1 Billionen Yen (38,7 Milliarden Mark) beschlossen, die zu einem großen Teil dem Wohnungsbau zugute kommen sollten.

Die Regierung will zusätzliche öffentliche Hypotheken bereitstellen, die Bauvorschriften lockern und Staatsland verkaufen, um den Bau privater Häuser zu fördern. Öffentliche Bauprojekte sollen dadurch beschleunigt werden, daß den Regionalverwaltungen und den Gemeinden die Emission zusätzlicher Anleihen erlaubt wird. Ein großer Teil der Mittel für dieses Programm soll von privater Seite beigesteuert werden. In Bankkrisen herrschen aber Zweifel, ob die Gelder tatsächlich im geplanten Umfang bereitgestellt werden.

Das japanische Finanzministerium, das nach wie vor mit Vorang das Defizit des Budgets und die Staatsschulden abbauen will, wird auch für nächstes Jahr wieder mit einem Sparat aufwarten. Der Haushaltsplan des Ministeriums für das Fiskaljahr 1986 sieht nur eine Zunahme von 3,2 Prozent auf 54,2 Billionen Yen vor.

Die höhere Yen-Parität wird voraussichtlich die Steuereinnahmen um einige hundert Milliarden Yen vermindern. Während die japanische Regierung für das laufende Fiskaljahr mit einer realen Wachstumsrate der Wirtschaft von 4,6 Prozent rechnet, erwartet die Fuji Bank nur noch 4,2 Prozent Zuwachs. Für das Fiskaljahr 1986 nimmt die Bank von Tokyo ein reales Wachstum von 3,4 Prozent, die Fuji Bank aber nur einen Zuwachs von 2,9 Prozent an.



Der Erfolg kommt nicht aus dem Wachstum, sondern aus der Technologie FOTO: J. DÄRENCHER

Frühling in Fernost für Bankinstitute des Westens

Die Deutsche Bank wird im Frühjahr nächsten Jahres eine Niederlassung in Tokio gründen. Dies gab F. Wilhelm Christians, Vorstandssprecher des Frankfurter Instituts, im November bekannt. Diese Ankündigung geschah etwa zur gleichen Zeit, als in Tokio im Finanzministerium die Entscheidung fiel, ab Sommer 1986 in Japan Off-shore-Banking zu erlauben.

Die Vorbereitungen für diesen in Bankkreisen weltweit als überfällig empfundenen Schritt begannen bereits vor Jahren. Aber erst in den letzten 18 Monaten gelang der Durchbruch in den Behörden.

So wurden als wichtige Maßnahmen die graduelle Lockerung der Beschränkungen bei Emissionen von Yen-Anleihen durch ausländische Unternehmen und die Freigabe von Euro-Yen-Anleihen-Emissionen durch entsprechende Firmen beschlossen, die in Japan allerdings ansässig sein müssen.

Neben diesen beiden wichtigsten Maßnahmen der Regierung wurden begleitende Schritte beschlossen, um dem Yen ein stärkeres internationales Gewicht zu geben. Dabei haben die Japaner durchaus national und auch wirtschaftlich-eigenständig gedacht. Mit der veränderten Rolle ihrer Währung im internationalen Kapitalmarkt verändert sich auch die Rolle des Yen im internationalen Warenaustausch. Der Außenhandel Japans kann aufgrund der nunmehr beschlossenen Maßnahmen stärker als bisher in der nationalen Währung abgewickelt werden. Im Handel Japans werden bisher nur 30 Prozent der Exporte und weniger als drei Prozent in Yen fakturiert. Der Anteil des Yen als internationale Währungsreserve liegt unter vier Prozent.

Weg von Schwankungen des US-Dollars

Mit einer Stärkung des Yen kann das Risiko der Dollarschwankungen vermindert werden. Dies ist für ein Land wie Japan, das im Energie- und Rohstoffbereich von Dollar-fakturierten Rohstoffen abhängig ist, von erheblicher Bedeutung.

Die Politik des „Off-shore-Banking“ ist neu in Japan, und es bleibt abzuwarten, wie sich der neue Standort gegen die etablierte internationale Konkurrenz behaupten kann.

Noch vor wenigen Jahren galt das oberste Prinzip, keine Nebenwährung zum Dollar zu dulden. Ausländischen Banken war eine Beteiligung nur unter restriktiven Bedingungen möglich. Bis Mitte 1985 galt für ausländische Finanzinstitute die strikte Vorschrift, daß sie nur auf einem fest definierten Spezialgebiet tätig sein durften. In der Hauptsache durften die Repräsentanten nur Anleger und

Emissionskunden im Auftrag des Hauptsitzes bedienen.

Mit der Entscheidung, ausländischen Banken eine japanische Tochterbank-Lizenz zu geben, haben die ausländischen Banken nunmehr die Möglichkeit erhalten, herkömmliche Bankgeschäfte wie auch weiterhin die klassische Vermögensverwaltung zu betreiben.

Ins Wertpapiergeschäft nur mit Auflagen

Insbesondere auf deutschen Druck, hier war dem Vernehmen nach die Filiale der Dresdner Bank in Tokio besonders stark engagiert, soll den ausländischen Banken die Gründung von Tochtergesellschaften für das Wertpapiergeschäft in Japan gestattet werden.

Bedingung ist jedoch, daß die Beteiligung der Muttergesellschaft an der japanischen Bank-Niederlassung die Grenze von 50 Prozent nicht überschreitet. Die Ankündigung der Deutschen Bank Anfang November bezog sich auf dieses Geschäft.

Siemens und Bayer werden sich an dieser Tochter in Japan beteiligen, um so den Anteil der Deutschen Bank an diesem Unternehmen auf 50 Prozent zu senken. Die neue Gesellschaft wird dann „DB Capital Management (Asia)“ heißen. Auch die Dresdner Bank bemüht sich um die Zulassung einer solchen Tochter. (Siehe Beitrag auf der übernächsten Seite.)

Für japanische Banken in der Bundesrepublik Deutschland, wie überhaupt in Europa, sind derartige Schwierigkeiten - außerhalb denen ihrer eigenen Gesetzgebung in Japan - weitgehend unbekannt. Für japanische Großbanken sind die deutschen Metropolen ganz normale Standorte ohne große Restriktionen. Ihre Anwesenheit ist selbstverständlich seit vielen Jahren, ja oft Jahrzehnten.

So sind bekannte Institute wie die „Bank of Tokyo“, die „Fuji Bank“, die „Sumitomo Bank“, die „Dai-ichi Kangyo“, Mitsui- und Mitsubishi Bank“ klingvolle Namen auch in Frankfurt.

Sie ließen sich in Deutschland nieder, um den Siegeszug der japanischen Industrie, vor allem Autos und Elektronik, auf dem deutschen Markt finanzieren zu helfen.

Heute entfallen durchweg nur noch rund 60 Prozent des Gesamtgeschäfts aller in Deutschland operierenden Japan-Banken auf dieses „Tradition“-Geschäft, während der Rest auf Firmen mit überwiegend deutscher Kapitalmehrheit entfällt.

Hier dominieren naturgegeben die großen Namen der deutschen Wirtschaft. Dies hat vor allem Bonitätsgründe. Andererseits werden die japanischen Institute in Deutschland

damit, daß sie ihre Dienstleistungen deutschen Firmen auf dem Japan-Markt „überaus nutzbringend“ anbieten können. Hier wird insbesondere die eigene Attraktivität für mittelständische deutsche Kunden auf Grund der starken Durchdringung des japanischen Marktes als überaus erfolgversprechend angesehen und dementsprechend dargestellt.

Auch das China-Geschäft wird in die Werbung um deutsche Kunden miteinbezogen. Hier können die Japan-Banken auf größere Erfahrungen verweisen als ihre deutschen Konkurrenten.

Grundsätzlich allerdings steht das Finanzierungsgeschäft von deutschen Lieferungen nach Japan im Mittelpunkt.

Das engagierte Geschäftsgebaren der Japaner kommt nicht von ungefähr. Im internationalen Geschäft rangieren sie hinter den US-Banken auf Platz 2. Sie haben an den internationalen Bankforderungen einen Anteil von 23,5 Prozent (USA: 28 Prozent) mit einem Volumen von 514 Milliarden Dollar (USA: 619). Die deutschen Banken rangieren auf Platz 5 (8,5 Prozent mit einem Volumen von 142 Milliarden Dollar), ermittelte im Sommer '85 die „Bank für internationalen Zahlungsausgleich“ in Basel.

Die Strukturen des japanischen Bankensystems gehen auf die Mitte des 19. Jahrhunderts zurück. Zunächst dominierte das amerikanische Nationalbankensystem. Schließlich änderte sich das System hin zum britischen Finanzorganisationschema. Neben der Bank of Japan (1882) bestehen Geschäftsbanken, Sparkassen und Spezialinstitute zur Finanzierung des Außenhandels und zur langfristigen Kreditfinanzierung.

Erst 1982 wurden die japanischen Bankgesetze den internationalen Bedürfnissen angepaßt. Der Schritt zum Off-shore-Bankzentrum ist eine Folge davon.

Jetzt wird verstärkt Kapital exportiert

Mitte November '85 stellte die Bank für Gemeinwirtschaft in einer Studie zum japanischen Kapitalmarkt fest: Japan startet eine neue Exportoffensive - diesmal mit Kapital.

Der Aufstieg Japans zum größten Gläubigerland und zeitgleich der Abstieg der USA zum größten Schuldnerland hängen eng zusammen, hieß es in der Studie. Letztlich liefern die Japaner gegenwärtig den Amerikanern nicht nur Güter und Dienstleistungen, sondern sind auch gleich Kreditgeber für einen beachtlichen Teil der Exporte in die USA. Die Japaner exportieren Güter und Dienstleistungen quasi auf Kredit, sagt die Frankfurter Bank.

Für Ihr Geschäft mit Japan: Die Dresdner Bank ist dort zu Hause.

Die Experten der Dresdner Bank unterstützen Sie im komplexen japanischen Markt. Mit uns haben Sie einen Partner, der seit vielen Jahren dort erfolgreich vertreten ist und infolgedessen mit seinen Japan-Erfahrungen zahlreiche gute Verbindungen für Sie einsetzen kann.

Unsere Stellung in diesem Markt zeigt sich auch darin, daß die Dresdner Bank-Aktie jetzt als erste deutsche Aktie an der Börse in Tokio zum Handel zugelassen wurde.

Auch außerhalb Japans sind wir an allen bedeutenden Handels- und Finanzplätzen des asiatischen Raumes für Sie da.

Dresdner Bank

Stützpunkte in Fernost:
Tokio, Osaka - Hongkong, Jakarta, Melbourne,
Peking, Seoul, Singapur, Sydney, Taipei.

In Berlin: BHT

EMANZIPATION / Erst das Volk fragen?

Vertrauen statt Novellen

In Japan macht die Gleichberechtigung der Frau nur langsam Fortschritte. Weil das traditionelle Rollenverständnis der Geschlechter auch bei den Japanerinnen noch tief verwurzelt ist, finden emanzipatorische Bestrebungen bei ihnen geringe Resonanz.

Als die Regierung in Tokio der UNO-Konvention zum Schutz der Frau vor Diskriminierung beitrug, löste dieser Schritt heftige Kontroversen in Nippon aus. Die Kritiker führten ins Feld, es hätte vorher eine Volksbefragung abgehalten werden müssen, die zur Ablehnung geführt hätte.

Der Streit begleitete auch die öffentliche Debatte über entsprechende Gesetzesbestimmungen, die vom japanischen Parlament vor der Ratifikation der UNO-Konvention erlassen werden mußten. Ein Experten-Gremium, das vom Arbeitsminister berufen wurde, konnte sich nach langen Beratungen nicht über Leitlinien verständigen.

„Ich bezweifle, daß es vernünftig wäre, alles durch Verordnung zu reglementieren“, sagte damals Arbeitsminister Misoji Sakamoto. Nach seiner Auffassung könne die Gleichberechtigung eher „durch gegenseitiges Vertrauen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern vorangebracht werden“.

Mit dieser Haltung liegt die Regierung auf der Linie der japanischen Industrie, die eine gesetzlich verankerte Gleichberechtigung ablehnte und darauf abzielende Auflagen für das Arbeitsleben befürchtete. So wurden auch Sanktionen für den Fall diskriminierender Behandlung verworfen.

Den Standpunkt der Industrie- und Handelskammer Tokio umriß Isao Ono, einer ihrer Direktoren, wie folgt: „Nur in Zeiten fremder Besatzung oder der Revolution werden überlebensfähige Grundwerte auf einmal als anomal hingestellt.“ Damit wandte er sich gegen den Trend, westliche Gepflogenheiten in Japan nachzuvollziehen.

Noch immer werden freie Stellen nach Geschlechtern strikt getrennt ausgeschrieben. Die Mehrzahl der japanischen Unternehmen stellt nur männliche College-Absolventen ein. Allein für sie gilt die lebenslange Zusage auf Beschäftigung. Wo junge

Frauen mit gleicher Qualifikation beginnen dürfen, werden sie nur für untergeordnete Tätigkeiten herangezogen.

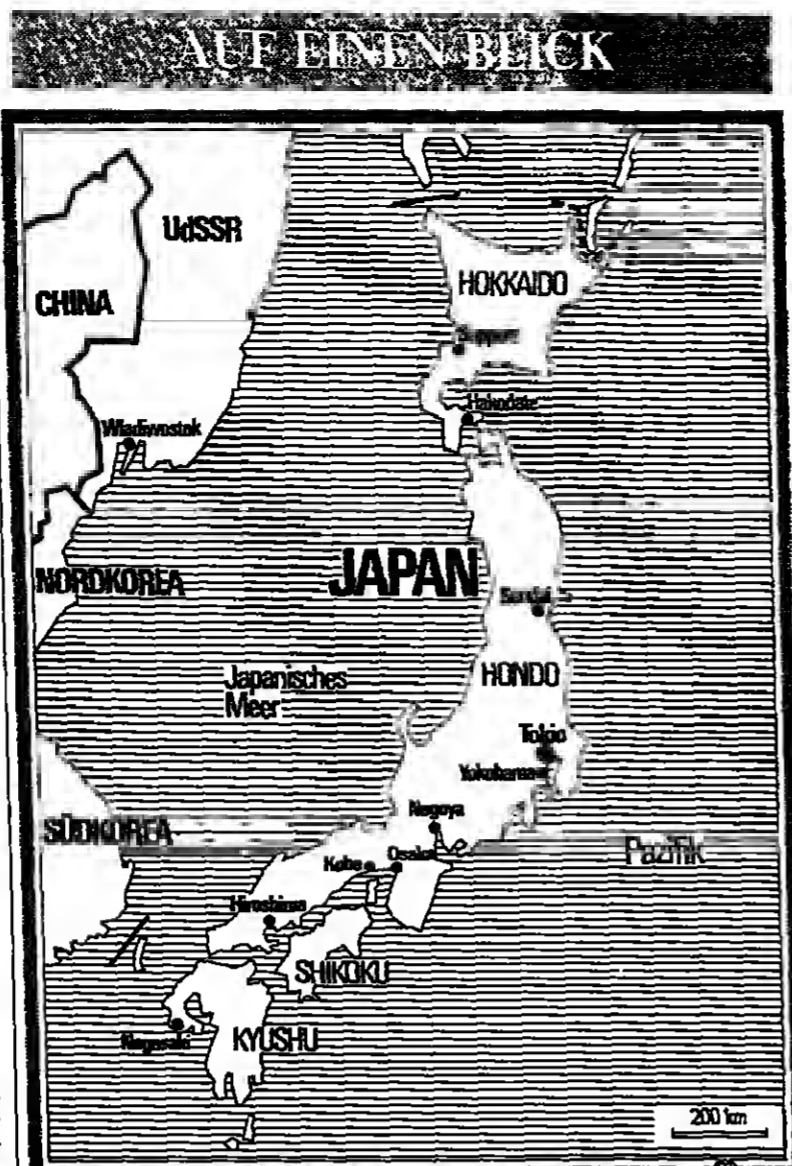
In der Industrie stellen die Frauen nahezu 40 Prozent der Arbeitskräfte. Sie bekommen im Durchschnitt lediglich die Hälfte des Lohnes der Männer. Nach einer Untersuchung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) von 1983 hatte sich die Kluft in den zurückliegenden zehn Jahren sogar weiter vertieft. Damit steht Japan allein unter den Industriestaaten. Besonders hoch ist der Anteil weiblicher Arbeitskräfte in der Elektroindustrie. Dort findet eine starke Fluktuation statt: Die jungen Frauen, die noch zu Hause bei den Eltern oder in Wohnheimen der Unternehmen leben, heiraten etwa Mitte Zwanzig und scheiden dann aus dem Arbeitsprozess aus.

„Gesetzliche Regelungen werden daran nichts ändern“, heißt es im Arbeitsministerium, „die althergebrachten Einstellungen zur Rolle der Frau können nicht von heute auf morgen wechseln.“ Diese Einschätzung wurde auch durch eine Meinungsfrage bestätigt, in der nahezu 75 Prozent der Bevölkerung die unterschiedlichen Rollen von Mann und Frau bestätigen.

Während akademisch ausgebildete Frauen in den meisten Konzernen und großen Handelshäusern kaum eine angemessene Position finden, geschweige denn Aufstiegschancen haben, bietet ihnen die Computer-Industrie in zunehmendem Maße ein Vorwärtkommen in ihren Karrieren. Am leichtesten gelingt der berufliche Aufstieg für Frauen in Niederlassungen ausländischer Firmen, die keine Barrieren kennen.

Von Jahr zu Jahr schaffen ein paar Frauen mehr den Durchbruch zur Gleichberechtigung in der Medizin und im Rechtswesen. Mitsuko Shimomura, die als erste Korrespondentin einer Tokioter Zeitung ins Ausland entsandt wurde, bemerkte dazu: „Die Zahlen nehmen sich zwar noch bescheiden aus, aber die Hoffnung für andere wird immer größer.“

Wie schwer es ist, alte Gewohnheiten im Arbeitsleben zu ändern, zeigte sich in Japan bei der schleppenden Einführung der Fünf-Tage-Woche in der Industrie und eines freien Samstags im Monat für die Banken. -übe-



- WICHTIGE ADRESSEN**
- Bundesrepublik Deutschland
 - Japanische Botschaft, Bundeskanzlerplatz, Bonn Center Hf 701, 5300 Bonn 1, Tel.: 0228/5001
 - Japanische Generalkonsulate: Wachtelstraße 8, 1000 Berlin 33, Tel.: 030/8 22 70 26
 - Immermannstraße 45 A, 4000 Düsseldorf 1, Tel.: 0211/36 33 11
 - Hamburger Allee 2-10, 6000 Frankfurt 90, Tel.: 069/77 03 51
 - Rathausmarkt 5, 2000 Hamburg 1, Tel.: 040/32 18 06
 - Prinzregentenplatz 10, 8000 München 80, Tel.: 089/47 10 43
 - Japanische Industrie- und Handelskammer zu Düsseldorf, Immermannstraße 45, 4000 Düsseldorf 1, Tel.: 0211/36 90 01
 - Deutsch-Japanisches Büro zur Förderung der Wirtschaft, Oststraße 110, 4000 Düsseldorf 1, Tel.: 0211/35 80 48
 - Japan External Trade Organisation (Jetro), Königsallee 58, 4000 Düsseldorf 1, Tel.: 0211/80 70 26
 - Roßmarkt 17, 6000 Frankfurt 1, Tel.: 069/28 32 15
 - Colonnaden 72, 2000 Hamburg 36, Tel.: 040/34 17 63
 - Japanische Fremdenverkehrszentrale, Bismarckgasse 6-10, 6000 Frankfurt, Tel.: 069/29 27 92
 - Japan Airlines, Kaiserstraße 79, 6000 Frankfurt 1, Tel.: 069/23 00 56
 - In Japan
 - Botschaft der Bundesrepublik Deutschland, 4-5-10 Minami Azabu, Minato-ku, Tokio, Tel.: 00813/473-0151
 - Generalkonsulat Osaka-Kobe, Goko-dori 8-16, Chuo-ku, Kobe-shi 651, Tel.: 008178/2 32 12 12
 - Deutsche Industrie- und Handelskammer in Japan (Zainichi Doitau Shokai Kaigisho), Akasaka Tokio Bldg. 10 F, Nagata-cho 2-14-3, Chiyoda-ku, Tokio 100, Tel.: 00813/5 81 98 81
 - 00813/5 80 01 69
 - Japan National Tourist Office, Tokio Koten Kaikan, 13, Yuraku-cho, 2-chome, Chiyoda-ku, Tokio 100, Tel.: 0 08 13/2 18 19 01
 - Lufthansa, Tokio Club Bldg., 3-5 Kasumigasei, 3-chome, Chiyoda-ku, Tokio 100, Tel.: 00813/5 80 21 21

KREDITKARTEN / Späte Liebe, großes Geschäft und riesengroßer Leichtsin

Mit Smart cards gegen das Mogeln

Obwohl die Japaner sehr leicht die schnellen Wandlungen des modernen Lebens übernehmen können, tun sie sich doch sehr schwer damit, sich an eine bargeldlose Gesellschaft zu gewöhnen. Erst in den zurückliegenden Jahren haben die Japaner ihren Komplex, bar zu zahlen, überwunden und benutzen jetzt Kreditkarten in größerem Umfang.

Nach Mitteilung von Atsuo Kuroda vom Japanischen Verbraucherschutz zirkulierten in Japan 1984 etwa 74 Millionen Plastikarten und damit dreimal mehr als 1979. Die genaue Zahl der Kreditkartenbesitzer kann nicht festgestellt werden, denn viele benutzen mehrere Karten verschiedener Kreditorgane. Im vergangenen Jahr verzeichnete die Kreditkartenindustrie, die aus 128 japanischen Firmen besteht, ein Auftragsvolumen von 1,84 Billionen Yen (ungefähr 23,89 Milliarden Mark). Wenn man die Kreditkarten berücksichtigt, die von Kaufhäusern und Läden, von Banken und Vergütungsabteilungen ausgeben werden, um zu höherem Umsatz anzureizen, hat das ganze Geschäft mit den Karten schon einen Wert von 15,61 Billionen Yen, umgerechnet 202,7 Milliarden Mark.

Nippon Shinpan, Japans größte Gesellschaft zur Konsumfinanzierung mit 10,3 Millionen Kartenbesitzern, eingerechnet auch die Benutzer anderer Gesellschaften, die eine Abmachung mit Nippon Shinpan haben, registrierte Zahlungen in Höhe von 427,32 Milliarden Yen, umgerechnet 5,5 Milliarden Mark, während des Fiskaljahres 1984. Diese Kreditkartenbesitzer haben auch Zugang zum Spardienst der Post.

Der wachsende Kreditmarkt verdankt die Zuwachsraten der Nachkriegs-„Babyboom-Generation“, die jetzt 35 bis 40 Jahre alt ist. Anders noch als ihre Eltern, sind sie leicht von der Notwendigkeit, eine Kreditkarte zu erwerben, zu überzeugen, um Häuser und andere Güter zu bezahlen, die sie sich mit ihren laufenden Einkommen nicht sofort leisten könnten.

Die Marui-Kaufhauskette hat etwa sieben Millionen Karten ausgeben, 60 Prozent hiervon sind Leute zwischen 18 und 24 Jahren. Andere Kaufhäuser vergeben Kreditkarten nach Empfehlung ihrer Mitarbeiter an treue Kunden. Bei dem Einkauf von

Waren ist keine Unterschrift erforderlich, und jedes Mitglied der Familie kann die Karte benutzen, die kein Verfallsdatum trägt.

Die Postämter im Lande haben bislang etwa 4,2 Millionen Karten herausgegeben, mit denen man Einzahlungen und Abhebungen von der Postsparkasse vornehmen kann. Bis 1987 wird die japanische Post 7000 Maschinen mit einem Online-Netzwerk, dem 20 000 Postämter angeschlossen sind, aufgestellt haben. Bargeldautomaten der Banken schießen wie Pilze aus dem Boden und erlauben Sofortkredite für Kartenbesitzer.

Allerdings haben das so leicht erhaltliche Plastikgeld und der Eifer, den Verkauf auf Kreditbasis anzukurbeln, dazu geführt, daß viele Leute ihre Kreditkarten wenig klug einsetzen, und andere gar gegen das Gesetz verstießen. Das führte zu dem Ergebnis, daß in Japan die Kreditkartenkriminalität an der Spitze steht. Nach Auskünften der Kreditinstitute liegt die Deliktquote bei etwa zehn Prozent der Benutzer und damit ungleich höher als vergleichbare internationale Zahlen.

So häuften eine junge Frau Schulden im Wert von 30 000 Mark an, indem sie zwölf verschiedene Karten für Einkäufe oder Bargeldabhebungen benutzte. Allerdings muß für die Kreditkartenkriminalität auch die Nachlässigkeit der herausgebenden Firmen verantwortlich gemacht werden. Einige verschicken Karten an die Leute, ohne daß sie darum ersucht haben. Andere senden sie mit der normalen Post mit einem Hinweis: „Es besteht die Gefahr, daß diese Karte gestohlen wird.“ Und tatsächlich, es wird oft berichtet, daß Kreditkarten aus der Briefpost gestohlen wurden.

Seitdem die bankabhängigen Kreditkartengesellschaften Vereinbarungen mit American Express, Mastercard, Visa und anderen getroffen haben, um ihre Kreditkarten weltweit einsetzbar zu machen, hat die ungewöhnlich hohe Kriminalitätsrate Japans die ausländischen Bankinstitute alarmiert. Zum Vergleich wird die Verfehlungsrate bei Visa International mit nur 3,6 Prozent angegeben.

Da es in Japan keine zentralisierte Agentur zur Information über die

Kreditwürdigkeit gibt, muß der Kreditkartengeber die Kreditwürdigkeit eines Antragstellers bei verschiedenen Quellen überprüfen. Größere Kartengesellschaften und Warenhausketten arbeiten mit einem Kreditnachrichtensystem auf Computerbasis und können so vermeiden, daß die Kunden ihre Kredite überziehen. Und doch wird die Information über Kunden mit hohem Risiko nicht mit den Mitbewerbern geteilt, weil das als ungeschickt angesehen wird. Gegenwärtig geführten Kreditkartenkrieges gilt.

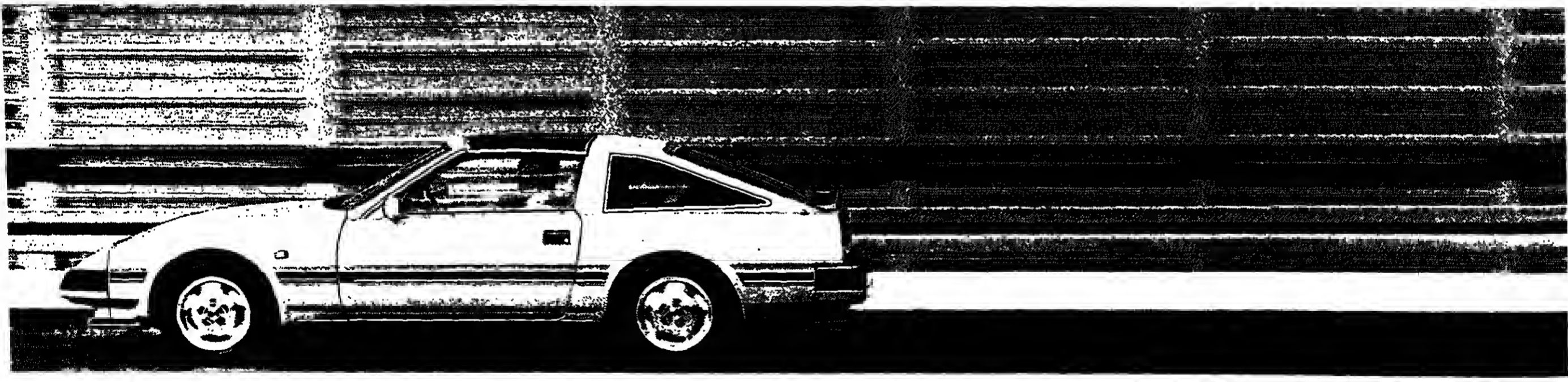
Gleichwohl vertreten internationale Finanzierungsunternehmen die Meinung, daß der japanische Kreditkartenmarkt expandiert und günstige Investitionsmöglichkeiten eröffnet. Der Standard des Kundendienstes für Besitzer von Karten beispielsweise ist in Japan exzellent und unterstützt von moderner Technologie auch effizient. So prüfen japanische Gesellschaften zur Zeit die Einführung von sogenannten Smart cards mit eingebauten Mikrochips, die Informationen speichern und verarbeiten können. Man erwartet, daß sie die gegenwärtig im Einsatz befindlichen Magnetkarten in fünf bis zehn Jahren ersetzt haben werden. Etwa 20 japanische Firmen studieren zur Zeit ihren Einsatz.

Solche Plastikarten im Kreditkartenformat bieten eine Vielzahl von Verwendungsmöglichkeiten von der Speicherung von Bank- und medizinischen Daten bis zur Kontrolle von Fabriksystemen. In Frankreich etwa sind solche IC-Karten schon weit verbreitet.

Martin Roth von Jardín Fleming Security in Tokio zitiert eine Schätzung der Regierung und spricht in seinem Forschungsbericht davon, daß die IC-Karten einen heimischen Markt von potentiell 200 Milliarden Yen (2,6 Milliarden Mark) nur für diese Karten haben. Wenn man die peripheren Karten hinzunimmt, dürfte der Betrag um einiges höher sein. Berücksichtigt man den Weltmarkt, könnten diese Karten den japanischen Herstellern eine Billion Yen oder den Gegenwert von fast 13 Milliarden Mark in die Kassen bringen. Diese Smartkarte wäre gegen Nachahmung geschützt und würde fast alle Betrugsversuche ausschließen.

EDWIN KARMOL

Das Flaggschiff unserer Flotte.



Der Nissan 300 ZX aus der meistverkauften Sport-Coupè-Serie der Welt. Sein Triebwerk ist ein computergesteuerter 3,0l V6-Motor. Mit 125 kW/170 PS und 222 km/h (Turbo: 168 kW/228 PS, 240 km/h) macht er das Sport-Coupè mit dem konsequenten Komfort-Konzept zum derzeitigen Flaggschiff unserer Flotte. Unserer Automobil-Flotte.

Denn für den Fahrzeugexport in alle Welt unterhalten wir eine eigene Flotte von Transportschiffen.

Aber wir bewegen uns nicht nur zu Lande und auf dem Wasser. Wir bauen auch Triebwerke für den Transport von Wetter- und Kommunikations-Satelliten

ins Weltall. Sie können also wörtlich nehmen, daß unser technologischer Anspruch sehr hoch ist.

Da ist jedoch noch eine andere Seite von dem Bild, das Sie sich von Nissan machen sollten. Von einem der größten Automobilhersteller der Welt.

Fünf Automobilwerke in Japan. 29 Montagebetriebe in 21 Ländern. In Europa Kooperationen mit Alfa Romeo und Volkswagen. Produktionsstätten in Spanien und ab 1986 in England. Montagebetriebe in Portugal und Griechenland. Diese Seite zeigt, daß wir (trotz Aktivitäten im Weltall) mit den Beinen fest auf der Erde stehen.



ERSTE DEUTSCHE AKTIE WURDE AN DER JAPANISCHEN BÖRSE EINGEFÜHRT / Folge der Wirtschaftsbeziehungen

Dresdner Bank wagte sich in die Höhle der „Top Four“

Von WOLFGANG RÖLLER

Zwischen Japan und der Bundesrepublik Deutschland, den nach den USA bedeutendsten Industrie- und Handelsnationen der westlichen Welt, bestehen traditionell enge und gute Wirtschaftsbeziehungen.

Das dokumentiert insbesondere der bilaterale Warenustausch, der sich in der Nachkriegszeit kontinuierlich ausweitete und dessen Gesamtvolumen im vergangenen Jahr das zehnfache seines Umfangs von 1960 erreicht hat. Die Begleitung und Finanzierung dieses Handels durch die deutschen und japanischen Kreditinstitute bilden ein wesentliches Element der finanziellen Zusammenarbeit beider Länder.

Allerdings weist die Bundesrepublik gegenüber Japan schon seit 1970 ein ständig wachsendes Außenhandelsdefizit auf, das 1985 12 Milliarden Mark überschreiten wird. Die anderen EG-Länder ebenso wie die USA befinden sich in einer ähnlichen Lage.

Dies hat zu einem zunehmenden Druck der Haupthandelspartner auf Japan geführt, seinen Binnenmarkt für ausländische Erzeugnisse stärker zu öffnen. Gleichzeitig betrachtet die deutsche Wirtschaft das Ungleichgewicht jedoch auch als Herausforderung, der sie sich zu stellen bereit ist.

Eher noch stärker ist die Herausforderung, der sich die deutschen Kreditinstitute bei einem Vergleich mit ihren japanischen Konkurrenten gegenüber sehen. Das gilt allein schon für die Größenordnungen. An der Bilanzsumme gemessen, nehmen heute japanische Banken international noch vor den US-amerikanischen, die vier ersten Plätze ein.

Unter den 25 größten Banken der Welt befinden sich inzwischen 12 japanische, davon allein fünf innerhalb der „Top 10“. Der Finanzplatz Tokio steht nach New York und London an dritter Stelle unter den führenden Finanzzentren der Welt. Betrachtet man allein die Aktienbörse, so hat Tokio London sogar bereits klar vom zweiten Platz verdrängt.

Auch in den Hauptbereichen internationaler Bankaktivitäten, dem Eurokredit und dem internationalen Anleihegeschäft, zählen die japanischen Kreditinstitute inzwischen mit zu den Spitzenreitern. Parallel zur weltweiten japanischen Handelsoffensive hat also eine ebenso weltweite japanische Bankoffensive stattgefunden. Dabei ist bemerkenswert,

daß sich die japanischen Institute in ihrem internationalen Geschäft immer stärker dem Charakter von Universalbanken annähern, was ihnen in Japan selbst durch die nationale Gesetzgebung untersagt ist.

Dort besteht im Gegensatz zum deutschen Bankensystem, das den Kreditinstituten die gesamte Palette von Finanzdienstleistungen anzubieten erlaubt, ein striktes Trennsystem zwischen dem kommerziellen Bank- und dem Wertpapiergeschäft, ferner zwischen lang- und kurzfristiger Finanzierung, und - getrennt davon - dem Trustbanking.

Mit ihrem internationalen Aktivitäten begannen die japanischen Banken schon verhältnismäßig früh, fast gleichzeitig mit den großen japanischen Handelshäusern; sie bahnten damit den Exportströmen des Landes finanziell den Weg.

Heute haben die japanischen Finanzinstitute die Welt mit einem dichten Netz von Geschäftsstellen und Repräsentanzen überzogen, in zahlreichen Ländern auch lokale Banken übernommen. Sie sind in praktisch allen bedeutenden Regionen mit ihren Dienstleistungen präsent, was in Verbindung mit dem bekannten Korpsgeist der gelegentlich auch als „Japan Inc.“ bezeichneten japanischen Wirtschaft ihre starke Stellung, nicht nur bei der Abwicklung und Finanzierung des japanischen Außenhandels, erklärt.

Dennoch haben die deutschen Kreditinstitute ihre japanischen Kollegen nicht ausschließlich als Wettbewerber gesehen. Das internationale Bankgeschäft ist schon wegen der Größenordnung der Transaktionen, der involvierten Risiken sowie der Mittelbeschaffung von seiner ganzen Natur her sehr weitgehend auf ein arbeitsteilig-partnerschaftliches Zusammenwirken von Kreditinstituten angelegt.

In seiner täglichen Praxis kommt konsortialer agierender Banken eine weit größere Bedeutung zu, als dies etwa im Inlandsgeschäft der Fall ist. Die Mitarbeit und der finanzielle Beitrag der starken japanischen Finanzhäuser sind daher im Konzert der weltweit tätigen Banken durchaus willkommen, ja notwendig. Die bisher mit ihnen als Partnern in inter-

nationalen Transaktionen gemachten Erfahrungen sind durchweg gut.

Die Dresdner Bank kooperiert schon seit vielen Jahren mit japanischen Banken erfolgreich zum beiderseitigen Vorteil.

So fand sie sich bereits Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre mit japanischen Häusern in Konsortialbanken zusammen, die am Asien-Dollarmarkt und am Euromarkt operieren, und erst jüngst entstand unter Beteiligung der Dresdner Bank so wie einer großen japanischen Geschäftsbank eine

chinesisch-deutsch-japanische Dreieckskooperation, die China Universal Leasing Co. Limited (CULC).

Zur weiteren Intensivierung der finanziellen Zusammenarbeit besonders im Wertpapier- und Emissionsgeschäft ließ die Dresdner Bank vor wenigen Tagen ihre Aktie als ersten deutschen Titel an der Börse von Tokio einführen. Parallel hierzu leitete sie über ein Syndikat japanischer Wertpapierhäuser die Platzierung von 750 000 Stück ihrer eigenen

Aktien bei fernöstlichen, vor allem japanischen, Investoren ein.

Diese erfolgreiche Aktion dürfte das Interesse japanischer Anleger am deutschen Kapitalmarkt allgemein verstärken. Gleichzeitig ist hiervon eine Signalwirkung auch auf andere renommierte Gesellschaften in der Bundesrepublik, insbesondere große Industrieunternehmen, zu erwarten,



Noch New York die Nummer eins, die Tokioter Börse FOTO: W. STECHE

für die eine Aktiennotiz an dem wichtigen Finanzplatz Tokio nicht zuletzt aus Marketinggründen von Bedeutung ist.

Die sich bietenden Möglichkeiten, die finanzielle Zusammenarbeit weiter auszubauen, erscheinen aus deutscher Sicht noch längst nicht ausgeschöpft. Dem steht allerdings entgegen, daß sich Japan, ähnlich wie im

Warenhandel, auch hinsichtlich seines Kapitalverkehrs und seiner Finanzmärkte noch nicht in dem Maße dem Ausland gegenüber geöffnet hat, wie es dem Land aufgrund seiner Bedeutung im Rahmen der Weltwirtschaft eigentlich zukäme.

Da umgekehrt die japanischen Institute in den wichtigsten Industriezweigen verhältnismäßig große Hand-

lungsfreiheit genießen, ist es verständlich, daß sowohl die US-amerikanische als auch die europäische Finanzwelt auf eine weitere Liberalisierung der japanischen Finanzmärkte drängt.

Die Bundesrepublik Deutschland besitzt eines der liberalsten Finanzmarktssysteme der Welt. Seit langem besteht hier volle Freizügigkeit des Geld- und Kapitalverkehrs. Unser Kapitalmarkt ist auch für Ausländer weit geöffnet. Derzeit sind Aktien von über 180 ausländischen Unternehmen, darunter knapp 60 japanische, sowie mehr als 660 Fremdwährungsanleihen mit ebenfalls gewichtigem japanischen Kontingent an der Frankfurter Wertpapierbörse ootiert. Den in der Bundesrepublik ansässigen Auslandsbanken stehen praktisch die gleichen Geschäftsmöglichkeiten offen wie den deutschen Universalbanken.

Die deutsche Banken haben in Japan diese volle Bewegungsfreiheit leider nicht, was sowohl in dem erwähnten japanischen Trennsystem als auch in der teilweise zu zögerlichen Liberalisierung der japanischen Devisen- und Finanzmärkte begründet liegt.

Die deutschen Kreditinstitute erwarten, begleitet von Bundesregierung und Bundesbank, in Japan ähnliche Chancen, wie sie die japanischen Finanzhäuser in der Bundesrepublik besitzen. In diesem Zusammenhang ist auch zu sehen, daß die Frage der Beteiligung japanischer Banken als Konsortialführer bei der Emission von D-Mark-Auslandsanleihen zunächst offengelassen wurde.

Zu begrüßen ist, daß die japanische Regierung mit ihrem am 30. Juli dieses Jahres vorgelegten Aktionsprogramm zur Marktöffnung und Internationalisierung der japanischen Wirtschaft in einem Zeitraum von drei Jahren auch die Liberalisierung der Finanzmärkte des Landes schrittweise weiter voranzutreiben beabsichtigt.

Die Reformen umfassen vor allem die Deregulierung der Habenzinsen, ferner Erleichterungen für das Euroyen-Geschäft, eine Erhöhung der Zahl der an der Börse von Tokio zugelassenen Wertpapierhändler, um auch ausländischen Instituten eine Teilnahme zu ermöglichen, sowie die

zulassung von Auslandsbanken zum Trust-Bank-Geschäft.

Bereits seit längerem hatten die deutschen Banken der japanischen Seite eine flexiblere Ausgestaltung des Trennsystems, ähnlich wie in den USA, empfohlen. Daß die japanische Regierung den entsprechenden Argumenten aufgeschüssener gegenübersteht, verdeutlicht die Erklärung des Finanzministeriums vor wenigen Tagen, Tokio sei bereit, ausländische, in Japan tätige Banken über Tochtergesellschaften auch zum Wertpapiergeschäft zuzulassen.

An einer derartigen Repelung sind naturgemäß die deutschen Kreditinstitute in Japan, die von Hause aus alle auch im Wertpapiergeschäft stark engagiert sind, besonders interessiert.

All diese Maßnahmen sind Schritte in die richtige Richtung, um auch von japanischer Seite aus den Boden für eine künftig noch engere und intensivere finanzielle Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Japan vorzubereiten. Eine derartige Kooperation würde beiden Ländern zum Vorteil gereichen, sehen sie sich doch als führende Industriestaaten international in vieler Beziehung mit ähnlichen Problemen konfrontiert und haben daher gleichgelagerte Interessen.

Dies gilt nicht zuletzt auch im Hinblick auf den sich weltweit immer mehr ausbreitenden Protektionismus, der Wachstum und Beschäftigung gerade der besonders exportstarken Länder Deutschland und Japan bedroht. Angesichts der fundamentalen Bedeutung eines reibungslos funktionierenden internationalen Finanzsystems für die Weltwirtschaftsentwicklung erscheint es als unverzichtbar, daß zumindest in den bedeutenderen Industrieländern der Kampf gegen den Handelsprotektionismus Hand in Hand geht mit einer fortschreitenden Liberalisierung der Finanzmärkte und des internationalen Kapitalverkehrs. Auch hierbei sind die Bundesrepublik Deutschland und Japan letztlich in ähnlicher Interessenlage.

Ob es ihnen gelingt, in vereintem Bemühen mit den anderen wichtigen Staaten der freien Welt die drohende Erosion der internationalen Wirtschaftsbeziehungen zu bannen und wieder stärker auf die Dynamik freier Märkte zu setzen, wird mitentscheidend sein für ein dauerhaftes Wachstum der Weltwirtschaft zum Vorteil aller.

Dr. Wolfgang Röller ist Vorstandspräsident der Dresdner Bank AG, Frankfurt

IMAGING



In den 60er und 70er Jahren wurde Bildverarbeitungstechnologie zum ersten Mal angewandt, um scharfe Abbildungen von Erde und Mars herzustellen und um Bodenschätze per Satellitenbild zu ermitteln. Doch erst durch Hitachis Einstieg in dieses hochinteressante Forschungsgebiet ist „Imaging“ von hoher Präzision möglich geworden. Innerhalb von weniger als zehn Jahren entwickelte Hitachi ein System, mit dem sich Ortungsfehler auf nur 80 Meter verringern ließen: damals ein Weltrekord. Dann wurden es nur noch 30 Meter. Und das war erst der Anfang.

Software macht die Stelle sichtbar

Heute findet diese von Hitachi entwickelte Technologie auf den verschiedensten Gebieten Anwendung. Fernabstehende Satellitensysteme helfen der Fischerei, indem sie Temperaturunterschiede im Meerwasser aufspüren und vielversprechende Fischfangzonen als farbocodierte Lagepläne auf Kathodenstrahl-Bildschirmen projizieren. Dank einer Kombination von Kameras und Computern zur Berechnung des Abstands von Gegenständen können auf Fahrgestellen montierte Roboter sich frei bewegen und wie mit menschlichen Augen „sehen“.

In der Tat bringen wir ständig Innovationen und neue Anwendungsmöglichkeiten. Eine der jüngsten: Eine Methode, durch eine mit

Röntgenstrahlen berechnete Tomographie den menschlichen Körper zu untersuchen und danach die so erhaltenen Daten in dreidimensionale farbige Abbildungen der inneren Organe, Muskeln und Knochen umzuformen.

Und das Beste kommt erst noch...

Zu unseren Zukunftsvisionen gehören Dinge wie zum Beispiel computergesteuerte dreidimensionale Simulationen chirurgischer Operationen. Oder bildliche Momentdarstellung bestimmter interner Probleme wie Krebs und Erkrankungen der Herzgefäße. Oder dreidimensionale Lagepläne unzugänglicher Terrains. Oder Fernkartographie der Planeten unseres Sonnensystems wie Venus, Saturn und Jupiter. Und viel anderes mehr.

Wir möchten, daß die Ergebnisse unserer wissenschaftlichen Forschung auch Ihnen zugute kommen, wie die nächste Generation von neuen Materialien, Laserstrahlen und anderen elektronischen Vorrichtungen. Für höhere Produktivität im geschäftlichen Bereich und mehr Lebensqualität. Zwei Ziele, die wir seit 75 Jahren verfolgen, in dem Bestreben, mit der Elektronik eine bessere Welt zu schaffen.



DURCH BILDVERARBEITUNG WERDEN DER PHANTASIE DIE AUGEN GEÖFFNET



